Nr. 113 — Jahrgang 17 · Einzelnummer 0,20 Zl. · Dienstag, den 19. Mai 1931

Volkswille

zugleich **Volksstimme** für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielsko, Republikanska Nr. 4¹.

Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0,12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0,15 Zlp. Anzeigen unter Text 0,60 Zlp. von außerhalb 0.80 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 31. 5. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Genf vor der Entscheidung

Der Kampf um die Zollunion — Der englische „Rechtsantrag“ — Schober lehnt die Untersuchungsthese ab — Frankreichs politischer Plan — Eine Generalprobe für den Völkerbund

Genf. Der Völkerbund tritt am Montag Vormittag zusammen. Er wird sich gleich bei Eröffnung der Sitzung mit den Punkten der Tagesordnung befassen. Auf der Tagesordnung steht der englische Antrag über die Vereinbarkeit des deutsch-österreichischen Zollunionsprojektes mit den Bestimmungen des Genfer Protokoll vom 4. 4. 22 (Wahrung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Oesterreichs). Den Vorsitz führt der deutsche Außenminister Dr. Curtius. Er wird den Antrag der englischen Regierung mit einer Kundgebung vorlesen. Der österreichische Vizekanzler Dr. Schober, der zu dieser Sitzung eingeladen ist, wird zu dem englischen Antrage, also zu der rechtlichen Frage Stellung nehmen und dabei auf verschiedene Punkte des dem Völkerbundsrat überreichten französischen Memorandums, das übrigens bei der deutschen Delegation weder in seinen juristischen oder seinem politischen noch in seinem wirtschaftlichen Teil eine Ueberraschung hervorgerufen hat, eingehen. Je nach dem wird Dr. Curtius in die Erörterung eingreifen, insbesondere wenn es sich als notwendig zeigen sollte zu dem Versuch der französischen Regierung, die politische und wirtschaftliche Seite des Problems aufzurollen, Stellung nehmen. Es ist zu erwarten, daß bereits Dr. Schober es als unzulässig ablehnen wird, den Rat mit der politischen und wirtschaftlichen Seite zu befassen und so den Beratungen des Europaausschusses der hierzu allein zuständig ist, vorzugreifen.



Francois Poncet
der Unterstaatssekretär im französischen Ministerpräsidium, vertritt neben Briand Frankreichs Interessen in Genf. Poncet, der der französischen Schwerindustrie nahesteht, wird allgemein als der Nachfolger Briands betrachtet.

Die Generalprobe

Frankreichs Bemühungen, die deutsch-österreichische Zollunion unter allen Umständen zu Fall zu bringen, werden auf der ganzen Linie fortgesetzt. Unter diesem Zeichen tritt der Völkerbundsrat zusammen, nachdem schon alle anderen Fragen im Europa-Ausschuß, zugunsten der französischen Pläne, weichen mußten und aus diesem Grund auch kein praktisches Ergebnis gezeitigt wurde. Es stellte sich bei den Verhandlungen in der Europakommission mit aller Deutlichkeit heraus, daß, sowohl England, als auch Italien, dem deutsch-österreichischen Plane gegenüber ablehnend gegenüber stehen und es gern sehen möchten, daß sich Deutschland in irgend einer Form einigt und auf sein Abkommen mit Wien verzichtet. Von englischer Seite wird alles in die Wege geleitet, um Briand im Völkerbund zu halten und deshalb die Bemühungen, ihm auch gegenüber Deutschland, eine Hilfsstellung zu gewähren, nachdem er bei der Wahl in Versailles eine Niederlage erlitt, die sich auch praktisch im Europa-Ausschuß auswirkte, da er nicht mehr ganz als der Repräsentant französischer Außenpolitik angesehen wird. Immerhin hat er in seiner Antwort auf die großangelegte Wirtschaftsrede Curtius klipp und klar geantwortet, daß er sich mit den deutschen Zielen der Befriedung Europas nicht einverstanden erklären könne, daß Frankreich in dem zwischen Wien und Berlin abgeschlossenen Pakt, eine Gegenmine gegen die bisherige Handelsvertragspolitik sehe und daß Oesterreich durch dieses Abkommen nicht geholfen werden würde, so daß im Ganzen der deutsche „Sanierungsplan“, wie er in der Zollunion zum Ausdruck kommt, abgelehnt werden müsse, weil, wie Frankreich meint, diese Politik eine Gefährdung des europäischen Friedens bedeute.

Auf die Antwort Curtius', daß hier wirtschaftliche Absichten mit politischen Tendenzen nicht verbunden werden dürfen, ist der Europa-Ausschuß so ziemlich die Antwort schuldig geblieben, aber ohne die französische These zu billigen, hat der italienische Vertreter, Grandi, gleichfalls erklärt, daß er in dem deutsch-österreichischen Zollplan keine Befriedung und Sanierung Europas sehe und diesen Plan also auch ablehnen müsse. Die italienischen Pläne sind nicht ganz klar, sie nähern sich aber den französischen Gegenvorschlägen, die nun an der Montagsitzung zur Behandlung kommen sollen. In der Absicht Frankreichs liegt es nun, zu verhindern, daß der englische Antrag überhaupt zur Behandlung kommt. England fordert, daß der Völkerbund untersuchen möge, ob in dem deutsch-österreichischen Zollabkommen ein Verstoß gegen die bestehenden Verträge vorliege, und wenn die Völkerbundsjuristen sich über diese juristische Auslegung nicht einigen sollten, dann würde sich der Völkerbund an den internationalen Gerichtshof im Haag wenden und diesen um ein Gutachten bitten. Dies würde zweifellos eine Verzögerung des deutschen Planes bedeuten, aber immerhin seine Tendenz festlegen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß Haag nur feststellen kann, daß eine Verletzung nicht vorliegt, daß sich das Abkommen Wien—Berlin nur auf Wirtschaftsverhältnisse bezieht, während ihm Frankreich eine politische Tendenz zu geben versucht, praktisch in diesem Abkommen eine Verschmelzung Deutschlands und Oesterreichs, zugunsten des Reichs, sieht. Deutschland lehnt die französische Auffassung ab, wird sich aber nicht dagegen sträuben, wenn der Internationale Gerichtshof sich mit der Nachprüfung der Rechtsverhältnisse beschäftigt. Aber wie der Völkerbund selbst sich dazu stellen wird, das ist die große Frage, die eben jetzt zur Entscheidung vorliegt.

Man muß verstehen, daß nicht nur Frankreichs Verbündete alles unternommen haben, um den Zollplan Berlin-Wien zu Fall zu bringen, sondern daß auch Frankreich selbst Oestereich eine größere Anleihe geben will, wenn es nur aus der Zollunion mit Berlin ausscheidet. Wieweit dies gehen wird, ist bisher nicht zu übersehen, im Europaausschuß hat Oesterreich, Deutschland gewissermaßen die Nibelungentreue gewahrt, aber der große Bankkrach der Rotschildbank in Wien wird wohl ohne Auslandshilfe nicht vermieden werden können, und da ist es schon möglich, daß sich Oesterreich auf Kompromisse einläßt, die zwar den Plan an sich nicht gefährden, aber seine Verwirklichung doch verzögern. Inzwischen wird Frankreich mit seinem Gegenplan soweit sein, daß sich dann Deutschland und Oesterreich diesem Plane anschließen sollen und können. Man muß sagen, daß auf den ersten Blick die französische Aktion den ganzen Völkerbund hinter sich hat, aber, wenn Deutschland nein sagt,

Deutsche Stellungnahme zum französischen Gegenplan

Deutschland und Oesterreich bleiben fest — Ablehnung des französischen Vorschlages

Genf. Zu dem Memorandum, das die französische Regierung durch den Generalsekretär des Völkerbundes dem Völkerbundsrat unterbreitet hat, erklärt das „WTB“ aus Kreisen der deutschen Delegation, daß man dort von den Argumenten der französischen Denkschrift nicht überrascht ist. Sie können den Standpunkt der deutschen und österreichischen Regierung in keiner Weise erschüttern. Das französische Memorandum verschiebt die Erörterung der Fragen auf der juristischen in die politische und wirtschaftliche Sphäre, deren Erörterungen der englische Antrag dem Völkerbundsrat ersparen wollte. Die deutsche und die österreichische Regierung haben Abfassung des Wiener Protokolls vom 19. 3. 1931 sich gewissenschaft alle Bestimmungen der geltenden Verträge, vor Augen gehalten, und sie in jeder Hinsicht respektiert. Es ist unverständlich, wie daraus Angriffe über die beiden Regierungen geleitet werden können. Auf die juristischen Argumente im einzelnen einzugehen, muß die morgige Ratssitzung Gelegenheit bieten. Die Rechtslage ist völlig klar. Die Unabhängigkeit Oesterreichs wird weder durch das Wiener Protokoll in seiner Gesamtheit in seinen Einzelheiten beeinträchtigt.

Was die Wirtschaftsargumente betrifft, so ist es bisher allgemein durchaus unbestritten, daß die Zollunion eine anerkannte Ausnahme von der Meistbegünstigungsklausel, also mit den geltenden Meistbegünstigungsklauseln vereinbar ist, gleichviel, ob darauf in einem speziellen Handelsvertrag ausdrücklich Bezug genommen ist, oder nicht. Die historischen Gegenbeispiele, die das französische Memorandum anführt, bekräftigen die Wahrheit dieser These, statt sie zu widerlegen. Wenn das französische Memorandum sich jetzt gegen regionale Verträge auflehnt, so steht das in schroffen Gegensatz zu den Verträgen, die gerade die Mittel- und osteuropäischen Verbündeten Frankreichs in den letzten Monaten nachdrücklichst propagiert und zu verwirklichen versucht haben. Deutschland und Oesterreich selbst, haben diese Maßnahmen von Anfang an, mit Sympathie aufgenommen. Ob schließlich die deutsch-österreichische Zollunion zu Störungen im europäischen Handelsvertragssystem führt, hängt lediglich davon ab, ob ihre Vertragspartner ihre Handelspolitik allein als politische Motive bestimmen lassen wollen.

Henderson für Vertagung?

London. Die Aussprache am Sonnabend im Europa-Ausschuß wird von der englischen Presse, die das Rededuell zwischen Curtius und Briand sehr ausführlich veröffentlicht, als eine moralische Krise und als ein Prüfstein für den Völkerbund angesehen. Die Erörterungen seien vielleicht, so sagt der diplomatische Korrespondent des „Observer“ die wichtigsten und die schwierigsten seit dem Kriege. Henderson falle die Rolle des Vermittlers zu. Im Hinblick auf die Möglichkeit, daß Deutschland bei einem Fehlschlagen der Verhandlungen aus dem Völkerbund austreten könnte, müßte, so heißt in einem Bericht des Sonderkorrespondenten des „Referee“ Henderson die Führung übernehmen. Der diplomatische Korrespondent dieser Zeitung erfährt, daß Henderson die ganze Angelegenheit vertagen und die französischen Vorschläge an technische Unterkomitees überweisen müßte, um Zeit zu gewinnen. Das sei auch hinsichtlich der Flottenverhandlungen der Fall. Es sei ihm der Rat gegeben worden, sie vorläufig ruhen zu lassen.

Mit Zuckerbrot und Peitsche

Französische Drohnote an Rumänien.

Bukarest. Der „Curentul“ meldet, dem rumänischen Außenministerium sei eine Drohnote Briands eingegangen, in der darauf hingewiesen werde, daß eine Zustimmung Rumäniens zur deutsch-österreichischen Zollunion insofern unangenehme Folgen für Rumänien haben könne, als dadurch einige Agrarstaaten, wie Dänemark und Holland, schwer betroffen werden und infolgedessen eine antirumänische Front entstehen müsse.

Die Bergarbeiterkonferenz in Cardiff

London. Der Sekretär des englischen Bergamts Shinwell, der bei der Bergarbeiterkonferenz in Cardiff den Vorsitz führt, erklärte in einer Ansprache, er habe Grund zu der Annahme, daß jetzt in allen Teilen der Kohlenbergbauindustrie guter Wille und eine verständige Einstellung vorhanden seien. Hierin sehe er ein gutes Vorzeichen für baldigen Frieden im Bergbau. Englands ausländische Konkurrenten, fuhr Shinwell fort, warteten nur allzu eifrig auf weitere Auseinandersetzungen im englischen Kohlenbergbau. Shinwell sprach dann die Hoffnung aus, daß in den nächsten Monaten alles an einem Strange ziehen könne, und so den Hoffnungen ausländischer Rivalen Englands einen Strich durch die Rechnung mache.

kann dieser Plan gleichfalls nicht verwirklicht werden. Das große Spiel, welches Montag beginnt, geht nun darum, ob es Frankreich und seinen Freunden gelingen wird, zunächst den englischen Antrag auf Rechtsuntersuchung, ob die Verträge nicht verletzt sind, zu verhindern. Oesterreich wird erklären, daß es sich keinerlei Vertragsverletzungen zuschulden hat kommen lassen, aber es wird damit einverstanden sein, daß das Abkommen Berlin-Wien nach seiner juristischen Seite hin bezüglich der Innehaltung der Verträge untersucht wird, und eventuell der internationale Gerichtshof um ein Rechtsgutachten ersucht wird. Deutschland kann in diesem Falle nichts anderes tun, als sich dieser Erklärung anzuschließen, wird sich aber gleichfalls in aller Schärfe gegen den französischen Plan aussprechen, der die wirtschaftlichen und politischen Pläne verbinden will, um zu verhindern, daß die Zollunion verwirklicht werde.

Für den Völkerbund ist diese Frage eine Generalprobe, ob er fähig sein wird, diesmal die Gegensätze, die hart aufeinanderplatzen werden, auszugleichen und schließlich doch noch ein Kompromiß zu finden, um die Partner Deutschland und Frankreich zu versöhnen. Gerade in letzter Stunde werden noch französische Noten an Rumänien bekannt, wo Frankreich auf Bukarest den schärfsten Druck ausübt, mit Entziehung finanzieller Hilfe droht, falls Rumänien sich jetzt in wirtschaftliche Verhandlungen mit Deutschland einläßt. Und wie auf Rumänien, so wurde auch auf die Tschechoslowakei und auf die anderen Freunde Frankreichs ein Druck ausgeübt, um sie auf seiten Frankreichs zu halten und diese Aktion muß jetzt seine Auswirkung in Genf anläßlich der Eröffnung des Völkerbundes finden. Der Völkerbund wird zwar dadurch nicht gesprengt, aber er hat eine kritische Stunde zu erleben. Es ist sehr wahrscheinlich, daß England erst mitten in den Auseinandersetzungen seine Vermittlung anbieten wird, und daß schließlich seine Pläne, die Rechtsuntersuchung, ob die Verträge nicht verletzt sind, siegen werden, und daß die Zollunion dadurch eine Verzögerung erleidet, bis der Haag gesprochen hat. Jedenfalls bringen die Beratungen in Genf in den nächsten Tagen noch manche Ueberraschungen und der Völkerbund durchlebt kritische Stunden, die an seinem Bestande nagen. —ll.

Eine Loyalitätskundgebung der Sanacja-Deutschen

Kattowitz. In der Schlesischen Wojewodschaft fristet sein kümmerliches Dasein der vom Grzesik gegründete „Deutsche Kultur- und Wirtschaftsbund", der sich zwischen die Regierung und die deutsche Minderheit hineingeschoben hat. Am gestrigen Sonntag hielt dieser Verband seine „Konferenz" in Kattowitz ab, die ein gewisser Brzoska geleitet hat. Zu der Konferenz erschien in Vertretung der Staatsbehörden der Kattowitzer Landrat, Dr. Seidler, der die Tagung begrüßte und ihr die Wünsche der Behörden überbrachte. Die Konferenz bekundete ihre Sympathien für das heutige Regierungssystem und drückte das Vertrauen dem System aus. Dann wurde ein Huldigungstelegramm an den Staatspräsidenten beschlossen. An den Völkerbund wurde auch ein Telegramm geschickt, in welchem der Wille der deutschen Minderheit zur Mitarbeit mit der polnischen Mehrheit ausgedrückt wurde. Dann wurden noch Huldigungstelegramme an Bischof Hlond und Dr. Grazynski geschickt. Es bleibt nur festzustellen, daß der genannte Verband ohne jeden Einfluß in der deutschen Minderheit dastehe.

Kampf zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in Nicaragua

Washington. Nach einer im Marinedepartement eingegangenen Meldung aus Nicaragua griffen etwa hundert mit Maschinengewehren und Gewehren bewaffnete Aufständische gestern drei Stunden lang Villa Galaca Guima im Nordwesten von Nicaragua an, das von nicaraguanischen Truppen verteidigt wurde. Diese hatten keine Verluste. Auf seiten der Aufständischen sollen mehrere Mann getötet und verletzt worden sein.

Verheerendes Großfeuer bei Lublin

Warschau. Die Ortschaft Molodjatyn bei Lublin ist von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, wobei 35 Anwesen restlos eingeäschert wurden. 20 Personen erlitten bei der Löschaktion teils schwere, teils leichtere Brandwunden. Acht Personen mußten in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus nach Chelmo überführt werden.

Generalstreik in der französischen Textilindustrie beschlossen

Paris. Die dem allgemeinen Verband angeschlossenen Textilarbeiter Bonhaix und Toerkoing haben, nachdem die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Lohnfrage gescheitert sind, beschlossen, heute in den Generalstreik zu treten. Von dem Streik werden 120 000 Textilarbeiter betroffen. Es ist jedoch möglich, daß im Laufe des heutigen Tages von der Regierung ein letzter Einigungsversuch unternommen wird.



Gustav Mahler 20 Jahre tot

Am 18. Mai 1911 schloß Gustav Mahler, der große Komponist und Dirigent, im Alter von nur 51 Jahren seine Augen für immer. Sein bekanntestes Werk ist „Das Lied von der Erde".

Wahlstimmung in der Wirtschaftsnot

Beachtenswerte Ergebnisse bei den Oldenburgischen Landtagswahlen — Weitere Erfolge der Nationalsozialisten über das Bürgertum — Gewinne der Kommunisten — Die Sozialdemokratie hält sich trotz Stimmverluste

Oldenburg. Von den gestrigen Landtagswahlen für den Freistaat Oldenburg, liegen bisher folgende Ergebnisse vor, die einen Zuwachs der national-sozialistischen Stimmen ergeben. Die Wahlbeteiligung war durchschnittlich 85 Prozent.

Deutsche Volkspartei 5798 (1 Mandat).
Sozialdemokraten 57 536 (11 Mand.).
Wirtschaftspartei 8983 (1 Mand.).
Nationalsozialisten 101 490 (19 Mand.).
Kommunisten 19 389 (3 Mand.).
Landvolk 5427 (1 Mand.).
Christl.-Sozialer Volksdienst 3206 (5 Mand.).
Zentrum 46 290 (9 Mand.).
Volksnationale 13 529 (2 Mand.).
Liste Weyand 5194 (1 Mand.).

Endergebnisse der Stadt Oldenburg

Oldenburg. Bei den Landtagswahlen wurden in der Stadt Oldenburg abgegeben:

Zentrum 1887 Stimmen (3684) bei der letzten Reichstagswahl am 14. 9. 1930.
Sozialdemokraten 5865 Stimmen (6778).
Nationalsozialisten 10 870 Stimmen (8525).
Kommunisten 3366 Stimmen (2282).
Deutsche Volkspartei 2632 Stimmen (3306).
Wirtschaftspartei 983 Stimmen (1606).
Landvolk 93 Stimmen (335).
Christl.-Soz. 668 Stimmen (691).
Deutschnationale 2452 Stimmen (1733).

Gemeinderatsersatzwahlen in Innsbruck

Innsbruck. Die Ergänzungswahlen für den Gemeinderat in Innsbruck fanden heute statt. Gemäß der Innsbrucker Gemeindewahlordnung scheiden jedes zweite Jahr die Hälfte der Mitglieder des Gemeinderates aus und werden durch neugewählte Mitglieder ersetzt. Der alte Gemeinderat zählte 18 Sozialdemokraten, 13 Christlich-Soziale und neun Großdeutsche. Von diesen schieden aus neun Sozialdemokraten, fünf Großdeutsche und sechs Christlich-Soziale. Die Sozialdemokraten behaupten nach den heutigen Wahlen ihren bisherigen Besitzstand. Die Großdeutsche Volkspartei erhält vier Mandate und verliert daher eins, die Tiroler Volkspartei (Christlich-Soziale) erhalten sieben Mandate, gewinnen also ein Mandat.



Eine grauenvolle Explosionskatastrophe bei Rio de Janeiro
Unter diesem Trümmerhaufen lagen über 100 Todesopfer.
Im Versuchs-Laboratorium der brasilianischen Marine in Niethroy bei Rio de Janeiro ereignete sich vor kurzem eine furchtbare Explosion, bei der 150 Personen getötet und weitere 300 zum Teil schwer verletzt worden sind.

Die Beruhigungsaktion für Genf

Die Schutzmaßnahmen für die deutsche Minderheit — Die „Bemühungen" des Wojewoden — Wie die Gerichte gearbeitet haben

In dem in der polnischen Presse veröffentlichten Bericht der polnischen Regierung über die ausgeführten Anordnungen nach den Vorkommnissen während der Wahlen im November v. J. wird festgestellt,

daß die Beruhigung der Gemüter in Oberschlesien in vollem Umfange erreicht worden sei.

Seit Beendigung der Wahl in Oberschlesien herrsche „vollkommene" Ruhe und Ordnung trotz der vorhandenen Wirtschaftskrise. Die polnische Regierung zählt dann die

Anordnungen des schlesischen Wojewoden zugunsten der deutschen Minderheit auf.

Außerdem wird die Erklärung des Wojewoden Dr. Grazynski bei der Eröffnung der dritten Session des Schlesischen Sejms am 9. Dezember v. Js. angeführt, in der davon die Rede war, daß die Rechte der deutschen Minderheit „unter dem besonderen" Schutz der polnischen Regierung stünden. Die polnische Regierung erklärte, daß der schlesische Wojewode am 17. März d. Js. eine besondere Konferenz mit allen schlesischen Starosten abhielt, in der er in klarer Weise die Notwendigkeit hervorgehoben hatte, der deutschen Minderheit einen „besonderen Schutz" angedeihen zu lassen. Außerdem habe der Wojewode am 20. März ein Sonderrundschreiben an alle Kommandanten der Wojewodschaftspolizei versandt, das in demselben Sinne gehalten gewesen sei. Die polnische Regierung stellt weiter fest, daß die Sitzung des Schlesischen Sejms, an der Vertreter beider Nationalitäten teilnahmen, in einer überaus „harmonischen Atmosphäre verlief".

Das Budget 1931/32 sei einschließlich des Dispositionsfonds auch mit den Stimmen des Deutschen Klubs angenommen worden,

was von dem „großen" Vertrauen der legalen Vertreter der deutschen Minderheit zum Wojewoden zeuge. Das Budget der Wojewodschaft Schlesien sehe besondere Summen für die kulturellen Belange der nationalen Minderheit in Oberschlesien vor, insbesondere für die Erhaltung des deutschen Theaters.

Die deutschen und der polnische Sozialist haben aber gegen das Budget gestimmt, um zu beweisen, daß sie eben zum Wojewoden und seinen Vertretern kein Vertrauen haben, daß überlassen sie ruhig dem deutschen Klub. (Anm. der Redaktion.)

In einer besonderen Anlage zum Bericht führt die polnische Regierung zahlenmäßig alle Anordnungen des Bezirksstaatsanwaltes in Kattowitz über Vorkommnisse der Ruhestörung in Oberschlesien an, insbesondere gegenüber Bürgern deutscher Nationalität. Der Staatsanwalt habe in 121 Fällen Anklage erhoben, in 104 Fällen hätten die Geschädigten keine Klage erhoben, obwohl der Staatsanwalt daran erinnert habe, daß die Klage persönlich zu erheben sei. In 27 Fällen hätten die Geschädigten ihrer Verwunderung darüber Ausdruck gegeben, daß ihr Fall in der Bittschrift des Deutschen Volksbundes an den Völkerbund mit angeführt sei. Der Staatsanwalt habe festgestellt, daß der Volksbund ohne den Willen der Geschädigten die Unterschrift unter ihre Klage gesetzt habe. In 52 Fällen seien die Beschuldigten mit Geldstrafen bis zu einigen 1000 Zloty oder bis zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Das kanadische Parlament ratifiziert die Generalakte

Ottawa. Das Abgeordnetenhaus hat einen von dem Ministerpräsidenten vorgelegten Antrag einstimmig angenommen, der gemäß des bei der letzten Reichskonferenz getroffenen Abkommens den Beitritt Kanadas zu der 1928 vom Völkerbund ausgearbeiteten, die friedliche Regelung der internationalen Streitfälle vorsehenden Generalakte unter gewissen Vorbehalten erklärt.



Eine aufsehenerregende Verhaftung in England

In der englischen Oeffentlichkeit hat die Verhaftung des Lords Kylsant, des Führers eines großen Wirtschaftskonzerns, außerordentliches Aufsehen erregt. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, daß er die Lage seiner Unternehmungen wissentlich falsch dargestellt habe.

Der große Tag der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei

Das Arbeiterparlament hat getagt — Die Wirtschaftskrise und die D. S. A. P. — Am Grabe der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — Brot für die Arbeitslosen — Kampf gegen die geplante Mietszinssteuer — Die Beschickung und die neuen Parteiinstanzen — Ein kleiner Familienzwist

Gestern hatte die „Deutsche Sozialistische Arbeitspartei“ wieder einmal einen großen Tag gehabt. Sie hat ihre ordentliche Bezirkskonferenz in Kattowitz im „Christlichen Hospiz“ abgehalten. Auf diese Konferenz haben die Parteigenossen schon lange gewartet, denn seit der letzten Konferenz hat sich viel Stoff angesammelt, der besprochen werden wollte. Haben wir doch seit der letzten Parteikonferenz die Wahlen zu den beiden Sejms und dem Senat geführt und den Wahlterror, unter welchem unsere Genossen außerordentlich gelitten haben, haben wir noch alle frisch in Erinnerung.

Wir haben infolge des Terrors und der fürchterlichen Einschüchterung unserer Parteifreunde einen Stimmenverlust zu beklagen, insbesondere in dem engen Industriegebiet, was uns besonders schmerzlich berührt, denn gerade hier haben die Arbeiter, und sonst niemand, über die Vertretung im Sejm zu entscheiden.

Daher war es Aufgabe der Konferenz gewesen, diese Dinge einer Aussprache zu unterziehen, die Organisationsmängel festzustellen und nach Vorbeugungsmitteln zu suchen. Gen. Kowoll hat mit Recht gesagt, daß wir schließlich keine Wahlpartei sind, und eine Wahlniederlage, noch lange keine Niederlage der Partei und der Idee bedeutet, aber wir haben die Arbeiterinteressen überall zu vertreten und besonders in den

gesetzgebenden Körperschaften

und dort haben wir unseren Mann zu stellen. Deshalb hat uns der Stimmenrückgang sehr schmerzlich berührt. Auch hatte Gen. Dr. Glücksmann recht gehabt, als er sagte, daß vor dem Kriege, die Sozialisten sehr oft in den gesetzgebenden Körperschaften nur einen einzigen Vertreter gehabt haben, und doch fühlten sie sich stark und kampfbereit. Das Alles ist richtig, aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir einen Weltkrieg und eine Revolution hinter uns haben, und die Arbeiterschaft ist genau darüber orientiert, was Bedrückung und was Freiheit ist.

Diese Arbeiterschaft, die das alles durchgemacht hat, darf das Feld vor dem Feind, dem Kapitalismus, freiwillig nicht räumen, denn jede verlorene Position gleicht einem Zurückwerfen, einer Niederlage der Arbeiterklasse.

Die Verhandlungen der Konferenz waren sehr interessant und, abgesehen von minimalen Entgleisungen, die im jeden Parlament vorkommen, und nicht zu vermeiden sind, standen sie auf der Höhe. Wer Genosse Glücksmann ist, das brauchen wir hier erst gar nicht zu erzählen. Alle Genossen kennen ihn bereits und wissen diesen ausgezeichneten Führer zu schätzen. Wir sind stolz darauf, daß wir ihn zu unseren Kämpfern zählen. Ueber den Genossen Kowoll brauchen wir auch nicht zu reden. Er ist in jedem Ort gut bekannt und bildet, ohne Uebertreibung, die Seele der sozialistischen Bewegung in dem Industriegebiet. Einen zweiten, solchen vorsorglichen und rührigen Genossen haben wir leider in unserer Bewegung nicht und das ist unsere Schwäche. Die gestrige Parlamentstagung hat uns aber eine Reihe anderer sympathischer Genossen und Genossinnen, die wir als Redner hier besonders hervorheben möchten, gezeigt, deren wir mit aller Achtung in der Bewegung begegnen, obwohl nicht alle unsere Meinung in grundsätzlichen Dingen teilten. Eine sehr sympathische Rednerin ist zweifellos die Genossin Kuzella aus Königshütte. Ihre Animosität zu der Kattowitzer Bewegung ist nicht in der Lage, unsere Sympathien zu dieser erprobten Kämpferin zu untergraben. Wir waren anderer Meinung in der Debatte über die Jugendorganisation als sie und haben es tief bedauert, als sie sagte, daß die Meinung vorherrsche, daß alles, was Königshütte macht, verkehrt sei. Königshütte bildet einen der Hauptpfeiler in der D. S. A. P., der uns allen teuer und wertvoll, wie ein Juwel, erscheint. Wir haben vor den Königshüttern Genossen volle Achtung und bewundern ihre aufopferungswürdige Arbeit für die Partei. Genossin Kuzella ist uns, neben anderen Genossen und Genossinnen, eine teure und liebe Erscheinung und sie hat etwas an sich, das Achtung und Sympathie einflößt.

Wir haben eine Reihe anderer Genossen und Genossinnen aus der Debatte liebgewonnen, woraus wir kein Hehl machen möchten. Von den Genossinnen möchten wir auf die Genossin Kowoll hinweisen, die die Dinge sehr ernst, vielleicht sogar ein wenig zu ernst auffaßt. Wir erklären aber das damit, daß unsere Bewegung ernst, sehr ernst ist, aber das Leben erfordert manchmal auch Sanftmut und bißchen Heiterkeit, was manchmal notwendig erscheint. Man muß von Herzen zu Herzen reden, dann kommt man eher zum Ziel. So, wie die Genossin Kowoll, scheint uns der Genosse Peschka gesinnt zu sein. Er ist eine schöne Erscheinung in der Partei, der manchen Kulturstein zu dem großen Bau herbeigeschafft hat. Vielleicht deshalb hat er nicht immer Verständnis bei einigen Genossen, die ein kleines Mißtrauen zu ihm hegen, was noch darauf zurückzuführen ist, daß er ein Angestellter des Afabundes ist. Ohne sich in die Organisationssympathien einzulassen, sei nur bemerkt, daß Gen. Peschka ein guter, tief überzeugter Sozialist ist, der die Ziele des Sozialismus kennt und er ist uns in der Bewegung sehr willkommen. Er betrachtet die Sache sehr ernst und spricht sehr sachlich und beherrscht den Stoff. Es ist uns unmöglich, alle Genossen hier anzuführen, die an der Diskussion regen Anteil nahmen. Viel Streithähne waren sicherlich dabei, wie beispielsweise der Genosse Naiwa, die Genossen Ossadnik und Schneider, und nicht zuletzt der Genosse Hermann. Dem letzteren Genossen wollen wir zu Gute halten, daß er ziemlich sachlich war und ruhiges Blut bekundete und das will in der Bewegung etwas heißen. Wenn alle diese Genossen ihre Fähigkeiten in den Dienst der Sache stellen werden, dann brauchen wir uns um die Zukunft weiter nicht zu sorgen. Sie gehört uns.

Wir leben in einer schrecklichen Wirtschaftskrise, die selbstverständlich auch an unserer Parteiorganisation nicht spurlos vorbeigegangen ist. Glücklicherweise sind die Verluste in der Partei vorläufig noch zu ertragen,

denn die Organisation ist fast in allen Ortschaften intakt,

obwohl eine Reihe von guten und tüchtigen Parteigenossen bereits am Hungertuche nagen und die Beiträge nicht bezahlen können. Das haben wir aus dem Bericht des Genossen Kowoll und des Genossen Matzke erfahren können, und es gebührt allen Genossen, die sich in der schweren Situation um die Organisation bemühen, der Dank dafür.

Den Höhepunkt erreichte die Konferenz bei dem Referat des Genossen Glücksmann, der den Sejmbericht erstattete.

Drei Sozialisten auf 48 Abgeordnete, das ist wirklich eine Kunst, sich durchzusetzen.

Und sie haben sich durchgesetzt und haben es soweit gebracht, daß ein jedes

Gesetzesprojekt durch sozialistische Prinzipien beleuchtet

wird. Die Sejmmehrheit merkt bei jedem Anlasse, daß die Schlesische Wojewodschaft eine Arbeiter-Wojewodschaft ist und — was von allergrößter Bedeutung ist — daß in der Arbeiter-Wojewodschaft der

Sozialismus lebt und gedeiht,

obwohl er im Sejm nur drei Vertreter hat.

Viel Zeit nahm die Jugendorganisation in Anspruch. Sie ist wohl sehr wichtig, was allseits zugegeben wurde. Die Genossen haben unterstrichen, daß ohne Jugend keine Zukunft ist und sie haben recht gehabt. Das wissen wir alle und geben auch dem Genossen Kowalczyk unumwunden Recht, als er sagte, daß die Jugend nicht nur der Zukunft, aber auch der Gegenwart gehört. Die Jugend verlangt Geld, was schließlich begreiflich erscheint, aber die Partei ist arm und kann sich nicht binden, wenigstens nicht für einen bestimmten Betrag, den die jungen Genossen verlangt haben, was besonders Gen. Schneider, ein grauhaariger Genosse aus Siemianowitz, unterstützte. Mit Recht wurde diese Frage der Bezirksleitung überwiesen, die tunlichst helfen soll, wenn die Mittel das erlauben werden.

Als den fetten Bissen behilft man sich zum Schlusse die Pressekommission, gegen welche Sturm gelaufen wurde. Mit dem „Volkswillen“ ist man in den Kreisen der Genossen zufrieden, was allseits zugegeben wurde. Aber man fand etwas doch heraus, was kritikwert war und das waren Nebensächlichkeiten. Alles konnte nicht aufgenommen werden, was die Genossen geschickt haben, insbesondere, wenn es nicht mehr aktuell war und es liegt an den Genossen selbst, daß sie die Berichte rechtzeitig einsehen, dann werden sie auch aufgenommen.

Der Verhandlungsbericht.

Um 9½ Uhr vormittags, wurde die Konferenz vom Genossen Kowoll eröffnet. Sie fand, wie bereits eingangs gesagt, im „Christlichen Hospiz“ statt. Die Bühne war schön mit Grün und roten Fahnen dekoriert und der Rednerpult desgleichen. Gen. Kowoll begrüßte alle erschienenen Delegierten und Gäste auf das herzlichste, besonders die Gäste von den Bruderorganisationen. Von der P. P. S. war Genosse Kawalec, von der Bielitzer Organisation, Gen. Dr. Glücksmann erschienen. Weiter wurde der Bundesdirigent, Herr Schwierholz, herzlich willkommen geheißen und der Genosse Wiedera, vom Bruderorgan, dem „Volksblatt“ in Hindenburg.

Die Verhandlung wurde durch die „Freien Sänger“ in Kattowitz eingeleitet. Das war ein Männerchor, nicht zahlreich, der aber jedem Genossen mit seinen vorzüglichen Leistungen imponieren konnte und imponiert hat. Drei Lieder wurden vorgetragen und zwar: „Empor zum Licht“, „Arbeiterlied“ und „Tort Feleson“, das norwegische Lied, das eine Grenze zwischen der kapitalistischen und der Arbeiterkultur zieht. Die Lieder haben mächtig gewirkt und wurden mit brausendem Beifall aufgenommen. Den Sängern gebührt wirklich Dank für ihre vorzüglichen Leistungen. In das Präsidium wurden die Genossen Mazurek und Kosmalla gewählt.

Genosse Mazurek gedachte zuerst der verstorbenen Genossen, besonders der Genossen Hermann Müller und Diamand, was mit Erheben von den Plätzen geehrt wurde. Dann begrüßte Gen. Kawalec die Tagung, im Namen der P. P. S. Der Redner hat darauf hingewiesen, daß die P. P. S. ihre Konferenz bereits am 6. April abgehalten hat, in der die Pleite der kapitalistischen Wirtschaftsordnung festgestellt wurde. Die heutige Konferenz wird sicherlich dasselbe feststellen. Auch die Bischöfe, wie z. B. Bischof Kubina, hat das festgestellt. Es gilt, zusammenzuhalten. Alle sozialistischen Parteien in Polen müssen sich zusammenfinden, desgleichen auch die Gewerkschaften, damit der Sozialismus das Erbe antrete. Gen. Dr. Glücksmann überbrachte die Grüße der Bielitzer Genossen und unterstreicht die Solidarität des schlesischen Proletariats.

Wirtschaftskrise und Organisation.

Ueber Organisationsfragen erstattete den Bericht Genosse Kowoll. Der Redner verwies darauf, daß vor den Sejmwahlen anfangs Enthusiasmus herrschte, der aber, nach Einsetzung der Terrorfälle, zum Teil einer Entmutigung Platz machte. Unsere heutige Konferenz ist der Rückschau über das, was wir erlebt haben, gewidmet. Vor den Wahlen haben wir zwei Konferenzen abgehalten, die der Vorbereitung des Wahlkampfes gegolten. Nun sind nach den Wahlen bereits fünf Monate verstrichen, und wir können uns ein Bild machen, was wir errungen haben. Die gewählten Abgeordneten haben sich auch schon erkenntlich gezeigt und wir wissen schon, was für Vertreter wir im Sejm haben.

Mindestens 60 Prozent Stimmen, die bei der Wahl abgegeben wurden, sind Arbeiterstimmen,

das bedeutet soviel, daß die Arbeiter im Sejm eine Mehrheit haben müßten. Die Praxis hat aber ganz etwas anderes gezeigt, denn die Sejmabgeordneten sind keine Arbeitervertreter, sondern Vertreter der besitzenden Klassen.

Wir haben eigentlich bei den Wahlen einen Stimmenzuwachs bekommen, denn wir hatten bei den Wahlen zum zweiten Schlesischen Sejm 25 000 und bei dem dritten Sejm 27 000 Stimmen bekommen. Das ist aber eine Täuschung, denn 10 000 Stimmen gehören nicht unserer Partei, sondern wurden von der deutschen bürgerlichen Partei für unsere Listen abgegeben, nachdem die Liste der deutschen Wahlgemeinschaft für ungültig erklärt wurde. Wir haben mithin 8000 Stimmen verloren, und das berührt besonders schmerzlich, wenn wir feststellen, daß der Stimmenverlust auf die zwei großen Industriekreise entfallen, Kattowitz und Schwientochlowitz. Unsere Genossen sind vielfach der Meinung, daß sie ihre Agitationspflicht erfüllt haben, wenn sie die Sanacja zusammenschimpfen und das ist ein Irrtum. Hier kann nur die Aufklärungsarbeit wirken. Dort, wo der „Volkswille“ gut verbreitet ist, war auch das Wahlresultat nicht schlecht, aber in jenen Gemeinden, wo der „Volkswille“ nur vereinzelt gelesen wird, war der Erfolg negativ. Schon daraus ersieht man, daß die

Schulung der Parteifunktionäre eine dringende Aufgabe

ist. Unsere Partei ist keine blose Wahlpartei, sondern sie hat eine

historische Mission

zu erfüllen und die sozialistische Befruchtung ist ein Gebot der Stunde.

Wir haben eigentlich in organisatorischer Hinsicht keine Rückschläge zu verzeichnen. In den 9 Monaten haben wir

161 Versammlungen

abgehalten. Im 1. Quartal d. Js. haben wir 41 Versammlungen abgehalten. Nebst dem sind eine Reihe von Frauenversammlungen und drei Konferenzen abgehalten worden. Wir zählen 65 Ortsvereine, die ihre Tätigkeit über 73 Orte ausdehnen. In einigen Orten sind die Organisationsarbeiten ein wenig lau, wie z. B. in Lipine. In drei Orten konnten wir die Arbeiterwohlfahrt begründen. Zu bedauern ist nur, daß in vielen Orten die ganze Arbeit auf einen Genossen gestützt wird. Diesem Uebel muß abgeholfen werden und die Organisationsarbeit muß auf den Ortsvorstand gestützt werden. Er soll der

Träger der sozialistischen Politik im Orte

sein und hat zu allen wichtigeren Begebenheiten Stellung zu nehmen und durch die Presse alle Genossen darüber zu informieren. Dadurch wird das Interesse für die Organisation wachgehalten. Der Vorstand möge dabei bedenken, daß er das für die Gesamtheit tut.

Mit der Kassenabrechnung hapert es auch. Für das 3. Quartal haben 40, für das 4. Quartal 30 und für 1. Quartal 1931, 33 Vereine ordnungsmäßig abgerechnet. Die Genossen sollen zur Kenntnis nehmen, daß wir auf die Arbeitergroschen unter keinen Bedingungen verzichten können. Die Zahl unserer Mitglieder beträgt etwas über 3000.

Genosse Matzke erstattet den Kassenbericht. Er hebt besonders hervor, daß die Ausgabe der Ortskassierer keine leichte ist. Die Arbeitereinkünfte sind sehr niedrig und am 1. und 15. kommt der Verband, der Kolporteur, die Partei und alle anderen und verlangen das Geld. Ist der Mann nicht zu Hause, so ist die Frau sehr oft darüber sehr ungehalten. Geht dann der Kassierer nicht hin, so heißt es wieder, daß die Rückstände sich angesammelt haben und nicht mehr ausgeglichen werden können. Infolge der schleppenden Abrechnung, sind noch die Ortsvereine mit einem Betrag von über 600 Zloty im Rückstand geblieben. Die Kassengeschäfte gleichen sich in den Einnahmen und den Ausgaben für das vergangene Jahr aus, und so verbleibt ein Ueberschuß von 12 Zloty für das neue Kassenjahr.

In der Diskussion lagen keine Wortmeldungen vor, worauf hin der Bezirksleitung die Entlastung erteilt wurde, was die Revisionskommission beantragt hat. Der alte Bezirksvorstand wurde wiedergewählt und als Ersatzmänner wurden folgende Genossen wiedergewählt: Kowalczyk und Grutza-Königshütte, Blachetzki-Siemianowitz, Gryczyk-Schlesiengrube und Kostyra-Rojca. Die Mandatsprüfungskommission, bestehend aus den Genossen Gorny, Ossadnik, Matzke und Weiß, hat folgendes festgestellt: An der Bezirkstagung nahmen

66 Delegierte aus 33 Orten

teil. Neben diesen waren 15 Mitglieder des Bezirksvorstandes anwesend. Unter den Delegierten sind 18 Genossinnen vertreten, und 25 Gäste waren anwesend. Zusammen haben an der Tagung 106 Genossen und Genossinnen teilgenommen.

Die D. S. A. P. im Schlesischen Sejm.

Das Referat über die Tätigkeit der Sozialisten im Schlesischen Sejm erstattete Genosse Dr. Glücksmann. Gen. Dr. Glücksmann schildert zuerst die Wahlerfolge der Partei zu den drei Schlesischen Sejms. Im ersten Sejm sind zwei deutsche Sozialisten aus dem Industriegebiet gewählt worden und Bielitz ist durchgefallen. Zum zweiten Sejm sind die beiden Industriekreise durchgefallen und Bielitz konnte ein Mandat erobern und zum dritten Sejm hat Bielitz zwei Mandate erobert und die beiden Industriekreise keinen. Es ist wirklich nicht angenehm, zu hören, daß in der schlesischen Wojewodschaft bei 48 Abgeordneten im Sejm nur drei Sozialisten vertreten sind. Was das bedeutet, werden die Genossen begreifen, wenn sie erfahren,

daß Anträge nur dann gestellt werden können, wenn sie mindestens von 5 Abgeordneten

gestützt werden. Die Sozialisten haben aber nur drei Vertreter und können nur dann Anträge stellen, wenn die Abgeordneten aus den bürgerlichen Klubs sie stützen oder sie können keine Anträge einbringen. Das ist der Krebsschaden und dagegen sind die drei Sozialisten im Sejm machtlos. Aber noch etwas anderes ist von größter Bedeutung.

In einer jeden gesetzgebenden Kökperschaft wird die Hauptarbeit in den Kommissionen geleistet.

Dort wird das ganze statistische Material behandelt, und dort liegt das Material vor, worauf sich die Gesetzesprojekte stützen. Wer in der Kommission keine Vertretung hat, der weiß nicht einmal, was los ist. Die drei Sozialisten im Sejm können aus sich heraus keine Plätze in der Kommission besetzen und wenn sie in die Budgetkommission, dann die Rechtskommission, und die Sozialkommission, je einen Vertreter entsendet haben, so nur mit Hilfe der bürgerlichen Klubs. In der Verwaltungskommission, die über die Gemeinden und Kreisorgani-

sation zu entscheiden hat, haben wir keinen Vertreter und wir haben uns an den Klub der Wahlgemeinschaft mit dem Ersuchen gewendet, uns zu einem Sitz zu verhelfen, aber unser Gesuch ist unbeantwortet geblieben. Die Genossen sind aus der Presse informiert, daß wir zu allen Fragen im Sejm Stellung nehmen. Wir wollen nicht übertreiben, aber

bei jedem Gesetzesprojekt kommt der sozialistische Gesichtspunkt zum Ausdruck.

Gen. Glücksmann betont ausdrücklich, daß die sozialistischen Sejmabgeordneten vor den Wählern, nicht immun sind und bittet die Meinung über ihre Tätigkeit frei auszusprechen. Sie wollen kontrolliert werden, wollen vor den Wählern und Genossen Rede und Antwort stehen.

Bei der Sejmeröffnung hat bekanntlich der Wojewode zur

Mitarbeit eingeladen.

Das klang allerdings nach dem Wahlterror, der Pressekonfiskationen, sehr eigentümlich und wir konnten schwer an die Aufrichtigkeit dieser Einladung glauben. Im politischen Leben kommt sowas nicht vor, daß man heute jemanden ohrfeigt und morgen seine Liebe verlangt. Auf dem Ball ist das vielleicht möglich, aber nicht in der Politik. Wir haben darauf erklärt, daß wir zu einer

positiven Arbeit

bereit sind, die wir nicht ablehnen können und wollen. Der Sejm hat über Arbeitslosenfragen und über Wohnungsfragen zu entscheiden und vor dieser Arbeit kann sich kein Sozialist ausschließen. Das hat im zweiten Sejm Wieczorek von den Kommunisten getan, indem er sagte, daß er im faschistischen Staate nicht mitarbeiten kann. Etwas später hat er seine Erklärung vergessen und verlangte eine 100 prozentige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. So können Sozialisten nicht handeln, wenn es sich um brennende Arbeiterfragen handelt. Sie müssen zugreifen. Aber wir stellten zwei Bedingungen, wenn es sich um positive Arbeitsleistung handelt und zwar, daß die

Probleme ernst behandelt werden und zweitens, daß die Verwaltungsbehörden allen Bürgern dienen müssen.

Wir können in die Fußtapfen des edlen Menschen Fourier nicht eintreten, der ein Paradies auf Erden, mit Hilfe von Bischöfen und Königen, aufrichten wollte und sie zur gewissen Stunde an eine bestimmte Stelle eingeladen hat. Sie sind nicht gekommen. Auch die bürgerlichen Parteien wollen auf die Mandate nicht verzichten, aber den Arbeitern aus menschlichem Gefühl heraus zu helfen, das fällt ihnen nicht ein. Welcher Klub im Sejm mehr Sozialempfinden in sich herumträgt, ist schwer zu sagen, denn im Grunde genommen, riechen tun sie alle. Gewiß sparen sie nicht an schönen Worten,

aber nicht das Versprechen, sondern die Taten

sind maßgebend. Die Not ist groß und man kann sich vorstellen, was das bedeutet, ein Jahr ohne Arbeit zu sein. Alle Quellen werden erschöpft, und dann stehen die Armen ratlos da.

Genosse Kowoll hat sich in der Budgetkommission redlich bemüht, aus dem Wald der Einnahmen und Ausgaben, für die Arbeitslosen etwas herauszuschälen, aber die bürgerlichen Vertreter lassen sich nicht immer durch den Verstand leiten.

Mit der Arbeitslosigkeit ist es genau so, wie mit dem Krieg. Die zahlreichen, mit den Orden geschmückten „unentbehrlichen" Generale und andere Potentaten, waren für den Krieg und den Sieg sehr begeistert. Hätte man diese Leuchten in die Schützengräben geschickt, so wäre der Krieg bald beendet gewesen. Wenn wir alle Besitzenden und gut Genährten einen Monat lang auf die schmale Kost eines Arbeitslosen setzen würden, dann haben wir die Revolution sofort im Lande.

Die Wojewodschaft hat für die Arbeitslosen 2 200 000 Zloty angewiesen. Mehr war nicht da. Der Sejm hat den Betrag auf 4 Millionen erhöht. Dr. Hager, vom Chadecjaklub, der sich sehr arbeiterfreundlich fühlt, hat gesagt, daß der Sejm zwischen dem Realen und der Demagogie zu wählen habe, was wir als Phraseologie bezeichnen. Die Genossen Kowoll und Machaj haben beantragt,

allen Arbeitslosen die Hälfte der gesetzlich zustehenden Unterstützung zuzusprechen, wenn sie, die ihnen gesetzlich zustehende Unterstützung erschöpft haben.

Dieser Antrag kommt aber dieser Zusammensetzung des Sejms nicht zur Beratung und Erledigung, dessen können wir sicher sein.

Dann bespricht Genosse Glücksmann die Subventionsfrage für die Kulturvereine und die Theatergemeinden und kommt zu dem Schluß, daß die Subvention für die deutsche Theatergemeinde an eine

unwürdige Bedingung

geknüpft wurde und erst ausgezahlt werden soll, wenn das polnische Theater in Deutschland eine Subvention in gleicher Höhe erhält. Die Sozialisten waren überzeugt, daß der Klub der Deutschen Wahlgemeinschaft diese Bedingungen ablehnen wird, was nicht geschehen ist. Für dieses Budget konnten die Sozialisten nicht stimmen und haben auch nicht gestimmt.

Genosse Glücksmann verweist dann weiter darauf, daß das Parlament allein nicht alles recht machen kann. Hinter den Abgeordneten müssen organisierte Arbeiterkadern stehen. Der Kapitalismus ist dem Krepieren nahe, aber er wehrt sich noch, so gut es geht. Wir haben gesehen, daß man bei uns ganz radikale Mittel anwendet, wie beispielsweise den Abbau der Beamtengehälter. Der Kapitalismus hat Machtorganisationen gegründet, wie die Powstancy und den Strzelec. Nach dem Kriege, als die Könige und Kaiser die Flucht ergriffen haben, haben sich die Arbeiter gestritten, anstatt eine Einheitsfront zu bilden. Das Schwergewicht wurde auf das Parlament verlegt und die Arbeit außerhalb des Parlaments vernachlässigt. Die Folgen haben wir gesehen, als die besten Parteiführer in Brest eingekerkert wurden. Die Arbeiter haben sich der Sache gegenüber gleichgültig verhalten.

Sehr ausführlich behandelt weiter der Genosse Glücksmann die

Wohnungsfrage,

besonders den Ausbau des schlesischen Wirtschaftsfonds, der durch die Erhöhung der Mietszinse gestärkt werden soll.

Die Mietszinse sollen stufenweise erhöht werden, ohne Rücksicht darauf, ob der Mieter ein Existenzminimum hat oder nicht.

Bezeichnend ist dabei das Verhalten des Mieterschutzverbandes, der sich in Schweigen hüllt, als wenn ihn die Sachen nichts angehen würden. Die Hausbesitzer, die ihre

Häuser verzinst und amortisiert

haben, entwickeln eine rege Tätigkeit, und die Wojewodschaft geht daran, ihnen noch besondere Geschenke zu machen.

Während des Referates des Gen. Dr. Glücksmann mußte ein ungebetener Gast aus dem Beratungssaale ausgewiesen werden. In der Diskussion sprachen die Genossen Schneider, Raiwa und Kowoll. Besonders Genosse Kowoll ergänzte die trefflichen Ausführungen des Genossen Glücksmann und wies darauf hin, daß die Konferenz zu den zwei großen Problemen in der Wojewodschaft, wie die Arbeitslosigkeit und die Wohnungsfrage, eine besondere Entschließung annehmen muß. In der Wohnungsfrage müssen wir entschieden protestieren, daß ihre Lösung den Mietern überlassen wird. Zum Schluß appelliert Genosse Kowoll an die Genossen, für den „zweiten Mann" zu sorgen, daß er für die Partei gewonnen wird. In Deutschland hat diese Aktion der Partei 100 000 neue Mitglieder gebracht.

Genosse Myszor unterstützt die Ausführungen des Genossen Glücksmann und stellt fest, daß, obwohl der Sejm die 4 Millionen für die Armen bewilligt hat, die Amtsstellen die Hilfsaktion nicht einzuleiten gedenken, was er bei der Starostei in Kattowitz feststellen konnte, denn sie sagen, daß sie sich erst in Warschau informieren müssen. Genosse Glücksmann kommt zum Schluß noch darauf zu sprechen, daß die Situation in finanzieller Hinsicht unklar sei, denn nach Pressemeldungen ist das Defizit in der Wojewodschaft recht hoch und man weiß nicht genau, aus welchen Mitteln die Fehlbeträge gedeckt werden. Er ermahnt die Genossen zum Zusammenhalten.

Genosse Kowoll referiert dann über zwei Anträge, die eine sehr lange Debatte hervorgerufen haben. Der erste Antrag kam von der Jugendorganisation in Königshütte, der 10 Prozent der Parteibeiträge für die Jugendorganisation beansprucht und außerdem eine Vertretung im Bezirksvorstand. Infolge Platzmangel können wir die interessante Debatte nicht wiedergeben. An ihr beteiligten sich die Genossen Kowoll, Genossin Kuzella, Dikta, Schneider, Gorny, Czaja, Raiwa, Genossin Kowoll, Ossadnik, Kowalczyk u. a. Schließlich wurde der Antrag dem Bezirksvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Dann kamen Presseangelegenheiten zur Sprache. Zu diesem Thema sprachen die Genossen Hermann, Kowoll, Peschka, Schneider, Kastirke, Czaja, Ossadnik, Raiwa u. a.

Dann gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Resolution.

Die in der Bezirkskonferenz der D. S. A. P. in Kattowitz am 17. 5. l. J. versammelten Delegierten faßten nach Erstattung des Referates durch Gen. Glücksmann folgende

Entschließung.

1. Der Schlesische Sejm, vorwiegend mit Arbeiterstimmen gewählt, hat seiner Pflicht gegenüber den Arbeitslosen, insbesondere der Ausgesteuerten, nicht erfüllt.

2. Die Novelle zum Wirtschaftsgesetz ist unsozial und unreal. Ungerechtfertigt ist die Aufhebung der bisherigen Staffelung der Hauszinssteuer, und daher ist es Pflicht des Sozialistischen Abgeordnetenklubs im Schlesischen Sejm für die Aufrechterhaltung der bisherigen Staffelung der Hauszinssteuer einzutreten.

3. Ein großzügige, planmäßige Wohnungsbauaktion tut zweifellos dringend not, damit den Obdachosen eine Wohnung und den Arbeitslosen eine Beschäftigungsmöglichkeit gesichert werde.

Gegen die mechanische Besteuerung aller Mieter, von drei Zimmer beginnend, erheben wir Protest, da in dieser Steuervorlage keine Schonung des Existenzminimums enthalten ist.

Die Versammelten fordern den sozialistischen Sejmklub auf, daß er im Sejm für die Steuerfreiheit des Existenzminimums und für eine kräftige Staffelung der Steuer bei Mietern mit Höchsteinkommen sich mannhaft einsetzen soll.

Die Versammelten erklären, daß die Aktion des sozialistischen Sejmklubs, die dahinzielt, a) die Arbeitslosenunterstützung für die Ausgesteuerten zu erkämpfen, b) das Existenzminimum vor der Besteuerung zu schützen, die tatkräftigste Unterstützung seitens der sozialistisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft finden wird.

Das Schlußwort hielt Gen. Kowoll, der, einen kurzen Ueberblick auf die Beratungen werfend, die Genossen zum Kampfe gegen die Macht des Kapitalismus aufforderte. Stehend sangen dann die Teilnehmer die „Internationale". Ach.

Polnisch-Schlesien

Der blaue Montag

Er ist beinahe sagenhaft geworden, der liebe blaue Montag. Der Kumpel kennt ihn nicht mehr als ständige Einrichtung des Erwerbslebens. Es kann sich da allenfalls um wenige Ausnahmen handeln, wo irgendein Aerger oder auch ein großes Ereignis durch eine nicht minder große Besäufnis gefeiert werden soll. Wovon manche blau wie ein Veilchen werden sollen, und wovon wiederum dieser Montag seinen Namen nach ihrer Meinung herleitet. Aber sie treten mit dieser Erklärung genau so daneben wie jene Wissenschaftler, die hierbei an das althochdeutsche Wort pluiwan = bläuen denken, weil an diesem Tage mancher Handwerksgeselle, der sich dem Nichtstun und dem Trunke ergab, sich in Raufhändel einließ und andere verbläute. In Wirklichkeit leitet dieser alte Ausdruck „blauer Montag" genau so wie der Gründonnerstag aus dem kirchlichen Leben her. Ursprünglich wurde nämlich nur der Montag vor Aschermittwoch „blauer Montag" genannt wegen der blauen oder violetten Altarumhängung in den Kirchen. Erst später bekam jeder erste Arbeitstag der Woche, an dem gefeiert wurde, diese Bezeichnung. Nach dem Gesetz von der Ausstrahlung konnte man schließlich auch an jedem anderen Tage „blau" machen.

Im 15. Jahrhundert war der Brauch, sich gerade den Montag freizumachen, ganz allgemein in Deutschland. Im 16. Jahrhundert haben sich die Gesellen den halben oder ganzen freien Montag sogar als Recht erkämpft. Bald stellten sich aber aus Anlaß des Blaumachens am Montag allerhand Unzuträglichkeiten ein, so daß die Zünfte und die Behörden mit strengen Maßnahmen vorgingen. Ganz besonders schlimm scheinen es die Pechhengste, die Schuster, getrieben zu haben. Ihr Spezialkollege, Hans Sachs, der Schuhmacher und Dichter, der die Dinge genau kannte, läßt an einer Stelle seiner Dichtungen den Landsknecht zu einem Handwerksmann sprechen: „Wo du liegst bei dem Wein und Spiel und den Montag zum Sonntag feierst." Und der berühmte Volksredner in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Kriege, der bekannte Pater Abraham a Santa Clara, klagt bitter über die Herren vom Pfriem und Ahle, die im Feiern des blauen Montags alle anderen Zünfte übertroffen haben: „Der Schuster macht lauter blaue Montag, verspricht die Schuh auf künftigen Sonntag. Wenn dann die Schuh soll'n fertig sein, so kauft er erst das Leder ein."

Mit schärferem Geschütz fuhren die braven Innungsmeister, die einst als Gesellen nicht minder eifrig am Montag blau machten, gegen die Nichtstuer auf. In der aus dem 18. Jahrhundert stammenden Innungsordnung der Töpfer in Groß-Strehlitz kann man folgenden Artikel lesen: „Ein Meister, bei dem das Gesinde oder die Gesellen blauen Montag feiern, zahlt drei Groschen Strafe." Die Gesellen sollten zur Bestrafung vor das Rathaus geführt werden. In Oppeln wurden die Tischlergesellen ganz einfach entlassen, der Meister aber mit der für die damalige Zeit recht empfindlichen Strafe von 24 Groschen belegt. Nach dem Zunftbrief der Ziegenhalser Weber vom Jahre 1612 mußte jeder Geselle, der am Montag nicht arbeitete, als Strafe einen Stein Wachs geben. Der Meister, der den Gesellen nicht anzeigte, mußte das Doppelte erlegen. Als Schlesien zu Preußen kam, wurden die aus der österreichischen Zeit bestehenden Bestimmungen verschärft. Der Meister mußte den feiernden Gesellen bei 2 Taler Strafe anzeigen, der Geselle bekam acht, im Wiederholungsfalle vierzehn Tage Arrest.

Warum die Gesellen am Montag feierten? Weil sie zu damaliger Zeit in ganz unverschämter Weise ausgebeutet wurden: Zwölf Stunden Arbeit, Sonntagsarbeit bis zum Montag, kärglicher, der Willkür des Meisters überlassener Lohn. Die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft in bezug auf angemessene Arbeitszeit und Sonntagsruhe haben den blauen Montag in das Reich der Vergangenheit gewiesen. Er ist im Wirtschaftsleben ein geschichtlicher Begriff geworden. Die heutigen Bestrebungen auf Durchführung der fünftägigen Arbeitswoche gehen von ganz anderen wirtschaftlichen Erwägungen aus: Kürzung der Arbeitszeit und Streckung der Arbeit, um die Millionen von feiernden Volksgenossen in den Arbeitsmechanismus wieder einzukoppeln. Nur der oberflächliche Beobachter kann sagen: Fünftägige Arbeitswoche! Alles schon dagewesen! Siehe: der blaue Montag!

Schweizerisch-polnische Straßenbaugesellschaft

Die seit längerem geplante schweizerisch-polnische Straßenbaugesellschaft ist nunmehr zustande gekommen. In Zürich haben die im polnischen Straßenbau interessierten Firmen unter dem Namen Secoroute, Continentale Straßen AG. eine schweizerische Gesellschaft mit Fr. 0,25 Mill. AK. zum Zwecke der Betätigung auf dem Gebiete des Straßenbaues im Ausland gegründet.

Die Warenausfuhr gestiegen

Wie das Statistische Hauptamt in Warschau mitteilt, betrug die Warenausfuhr aus Polen im Monat April 1 478 955 Tonnen im Gesamtwerte von 168 695 000 Zloty. Im Vergleich zum März ist die Ausfuhr um 111 169 Tonnen bezw. 4 868 000 Zloty gestiegen.

Warnung an die Eltern!

Unerhörte Zustände herrschen bei der Firma Fa. Ma. Gor. Zal. Zu Konjunkturzeiten hat der Besitzer des Unternehmens dauernd Lehrlinge eingestellt, natürlich ohne Vertragschließung. Diese mußten Lehrlingsarbeiten verrichten, wurden als Lehrlinge geführt und entlöhnt. Jetzt aber, wo die Lehrzeit beendet ist und die Wirtschaftskrise sich immer ungünstiger gestaltet, werden diese Lehrlinge, die 2, 3 und mehr Jahre ausgebeutet wurden und kurz vor der Prüfung stehen, als gewöhnliche Arbeitsburschen auf die Straße gesetzt. — Es ist ein Skandal, den jungen Leuten ist jede Möglichkeit abgeschnitten, sich als Lehrling weiter zu bewerben, weil sie nur den Nachweis als Arbeitsbursche erbringen können. Ja sie müssen sogar, wenn sie auch durch einen glücklichen Zufall eine andere Stellung finden, wieder von vorn anfangen, trotzdem sie ihre eigentliche Lehrzeit hinter sich haben.

Eltern! schickt Eure Kinder nicht dort in die Lehre, wo keine Lehrverträge geschlossen werden, sonst ergeht es Euern Kindern ebenso, wie den Lehrlingen bei der Firma Fa. Ma. Gor. Zal.

Kattowitz und Umgebung

Statistische Zahlen aus der Wojewodschafts-Hauptstadt.

Nach einer Mitteilung der statistischen Abteilung beim Magistrat in Kattowitz wurden im Berichtsmonat April im städtischen Schlachthof in Kattowitz 16 157 Schlachttiere und zwar: 902 Rinder, 14 632 Schweine, 484 Kälber, 106 Schafe, 25 Ziegen und 8 Pferde aufgetrieben und abgeschlachtet. Für den Inlandsverbrauch waren 10 477 Tiere, darunter 7 244 Schweine vorgesehen, während weitere 7 392 Schweine exportiert wurden. Die Preise betrugen pro 100 Kilogramm Schlachtgewicht für Schweine, Rinder und Kälber je 170 Zloty.

Innerhalb der Großstadt Kattowitz wurden im Vormonat 131 709 Einwohner gezählt. Im gleichen Monat wurden 204 Lebend- und 8 Totgeburten registriert. Unter den Lebendgeburten befanden sich 102 Knaben und 102 Mädchen. Gestorben sind insgesamt 129 Personen, und zwar in der Altstadt Kattowitz 60, im Ortsteil Bogutschütz-Zawodzie 32, im Ortsteil Zalenze-Domb 31 und im Ortsteil Brynow-Ligota 6 Personen. Der Zugang betrug durch Zuzug 786 Personen. Im gleichen Berichtsmonat war ein Abgang durch Auswanderung von 755 Personen zu verzeichnen. Im Vormonat wurden 66 neue Ehen geschlossen.

Im Vormonat wurden innerhalb von Groß-Kattowitz zusammen 22 neue Wohnungen geschaffen und für die Benutzung freigegeben. Es handelte sich um 2 Einzimmer-Wohnungen ohne Küche, 6 Einzimmer-Wohnungen mit Küche, 4 Zweizimmer-Wohnungen mit Küche, 2 Dreizimmer-Wohnungen mit Küche, 6 Vierzimmer-Wohnungen mit Küche, sowie 2 Fünfzimmer-Wohnungen mit Küche. Von der städtischen Baupolizei wurden 4 neue Baugenehmigungen für An- und Umbauten, erteilt.

Bei der städtischen Sparkasse in Kattowitz wurden im Berichtsmonat April 5 081 802 Zloty neue Spargelder eingezahlt. Abgehoben wurden 1 765 911 Zloty. Die Kapitalseinlage, die am 1. April die Summe von 26 165 077 Zloty auswies, erhöhte sich um 3 315 891 Zloty. Die Gesamt-Kapitalseinlage wies demnach am Ende des Berichtsmonats 29 480 968,85 Zloty auf.

Insgesamt 10 058 Badekarten wurden bei der städtischen Badeanstalt im Vormonat eingelöst. Verabfolgt wurden sind: 3 508 Schwimmbäder, 2 638 Wannenbäder, ferner 1 152 Dampfbäder und 2 760 Brausebäder.

Beim städtischen Obdachlosenheim im Ortsteil Zalenze verblieben aus dem Monat März 114 Obdachlose und zwar 94 Männer und 20 Frauen. Neuhinzugekommen sind 204 Insassen, darunter 172 Männer und 32 Frauen. Am Ende des Berichtsmonats verblieben 56 Obdachlose. Unter diesen befanden sich 44 Männer und 12 Frauen. y.

Appell an die Kattowitzer Bürgerschaft. Die städtische Wohlfahrtsabteilung teilt mit, daß, infolge der augenblicklichen Arbeitslosigkeit, das Bettlerunwesen innerhalb der Großstadt Kattowitz einen immer größeren Umfang annimmt. In Massen strömen täglich Bettler herbei, um von mildtätigen Personen ein Almosen zu erhalten. In sehr vielen Fällen werden jedoch Eßwaren abgelehnt und nur Geldspenden gefordert. Das erhaltene Geld wird dann in der nächsten Kneipe in Schnaps umgesetzt. Es kommt sogar öfters vor, daß verschiedene Bettler in betrunkenem Zustand ihrem Bettlergewerbe nachgehen und mitunter sehr aufdringlich werden, ja sogar vor Diebstählen nicht scheuen. Der Kattowitzer Magistrat richtet an die Kattowitzer Bürgerschaft den Appell, Bettlern im Prinzip kein Geld zu verabfolgen. Von Zeit zu Zeit werden im Auftrage der Polizei Razzien vorgenommen und alle einheimischen Bettler dem städtischen Bettlerheim zugeführt. Die auswärtigen Bettler dagegen werden nach ihrem Wohnort abgeschoben. y.

Wichtig für Arbeitslose! Das städtische Arbeitslosenamt teilt mit, daß alle freiwerdenden Arbeitsstellen an den schwarzen Aushangtafeln im Gebäude des Rathauses auf der ul. Kralowska im Ortsteil Zawodzie bekanntgegeben werden. Die registrierten Erwerbslosen werden im eigensten Interesse gut tun, den Aushangstafeln mehr Beachtung zu schenken, um evtl. eine Arbeit zu erhalten. y.

Von seinem Meister arg mißhandelt. Zwischen dem Fleischermeister Ignaz Kuchta und seinem 20jährigen Gesellen Ewald Mroz aus Kattowitz kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, welche bald in Tätlichkeiten ausarteten. Im Verlauf der Streitigkeiten ergriff Kuchta eine Kabel und verletzte damit seinen Gesellen erheblich am Kopf. Mittels Auto der Rettungsbereitschaft wurde der Verletzte nach dem städtischen Spital überführt. Die Angelegenheit wird ein gerichtliches Nachspiel haben. x.

Alles auf Raten. Trotz der vielen schlechten Erfahrungen, welche schon oft unsre Arbeiterschaft gemacht hat, versuchen verschiedene Agenten von Photographengesellschaften aus dem gelobten Lande, unsre Arbeiterschaft zu überreden, um sich zu einer Bestellung von Vergrößerungs-Porträts bewegen zu lassen. Die Bilder werden dann in den meisten Fällen per Nachnahme zugschickt, ohne daß sich der Besteller überzeugen kann, was er für sein schwer erarbeitetes Geld erhält. Er muß dann die traurige Wahrnehmung machen, daß er ganz gemein betrogen worden ist. Wir machen unsre Arbeiterschaft aufmerksam, sich mit den Leuten in keinerlei derartige Geschäfte einzulassen, und ihnen ganz einfach die Tür zu weisen. Gewiß ist eine Vergrößerung ganz schön, zumal es auch ein schönes Andenken für die Kinder bleiben kann. Doch wird hiermit zugeraten, solche Arbeit ruhig einem hiesigen Fachmann anzuvertrauen, welcher für denselben Preis ganz gewiß, eine gute saubere Arbeit liefern wird, welche auch ruhig in zwei, oder drei Raten bezahlt werden kann.

Zawodzie. (Beim Baden ertrunken.) Während des Badens im Stauweiher ertrank der Schulknabe Josef David aus Zawodzie. Nach längeren Bemühungen gelang es, den Toten herauszufischen. Es erfolgte die Einlieferung in die Leichenhalle des städtischen Spitals in Kattowitz. x.

Königshütte und Umgebung

Pfingstunterstützung an alle Arbeitslosen.

Am Dienstag, den 19. Mai, werden auf dem freien Platz an der ul. Katowicka, in der Zeit von 8 bis 12 Uhr mittags, an alle Arbeitslosen die Unterstützung aus der staatlichen Aktion, Dorazna, sowie diejenigen, die keine Unterstützung erhalten, einmalige Beihilfen, nach folgendem Plan, ausgezahlt: Dienstag an Personen mit dem Anfangsbuchstaben A—L, Mittwoch, den 20. Mai M—Z. Am Donnerstag, den 21. Mai erfolgt die Auszahlung an alle Arbeitslosen, die Unterstützung aus der Akcja normalna und wojewodzka erhalten. Wer an den angeführten Terminen zum Empfang nicht erscheint, erhält keine Unterstützung. Bei der Empfangnahme ist die Arbeitslosenkarte und Ausweispapiere vorzulegen. Diejenigen Arbeitslosen, die sich nicht zur monatlichen Kontrolle gestellt haben, erhalten keine Unterstützung. In Anbetracht der Auszahlungen findet die nächste Kontrolle erst am Freitag, den 23. Mai zur gewohnten Zeit statt. m.

Wahlterror auf Gräfin-Lauragrube. Wir glaubten, daß Wahlterror nur bei den Parlamentswahlen ausgeübt wurde. Diese Methode, die dem Sanacjasystem eine Mehrheit gebracht hat, wird auch bei den Betriebsratswahlen angewandt. Gewiß freuen sich die Kapitalisten darüber, denn sie wissen, daß sie dadurch zahme Schäflein in den Betriebsrat hineinbekommen, die niemals mit einer Forderung an sie herantreten werden, höchstens mit der Bitte ihnen einen Oberhäuer, oder Antreiberposten zu geben. Trotz des Terrors, der auf vielen Gruben ausgeübt wird, mußte das Gesetz volle Beachtung finden. Wie einzelne Betriebsratsvorsitzende das Gesetz verstehen, beweist ein Fall auf Gräfin-Lauragrube. Die Betriebsratswahlen finden dort am 20. und 21. Mai statt. Zu denselben sind sechs Listen eingereicht. Laut Betriebsrätegesetz, müssen diese Listen den Arbeitern zur Ansicht ausgehangen werden. Der Betriebsratsvorsitzende Rzegotta vom Zentralverband (Binischkiewiczrichtung), ist einer anderen Meinung, denn er glaubt die Wahlen nach seinen Methoden durchzuführen, um die Listen der klassenbewußten Arbeiter bei der Wahl zu boykottieren. Zum Aushang brachte der Wahlvorsitzende alle Listen. Auf Anordnung des Betriebsratsvorsitzenden wurden drei davon im Aushang belassen und zwar seine Liste (Binischkiewiczrichtung) Z. Z. P. und Federacja. Die Liste des Bergarbeiterverbandes, der Christlichen Gewerkschaften und des Zentralverbandes (alte Richtung) wurden zerrissen. Angeblich soll das mit Einverständnis des Direktors getan worden sein. Das nennt man auf Gräfin-Lauragrube „Wahlfreiheit“. Die Arbeiter dürfen sich trotz des Terrors nicht beeinflussen lassen und wählen am 20. und 21. Mai klassenbewußte Betriebsräte, welche auf der Liste Nr. 3, Deutscher Bergbauindustrieverband, kandidieren. Kam. Warzecha als Spitzenkandidat, garantiert für eine wirkliche Vertretung auf der Grube. Darum wählt die Liste Nr. 3. —a.

Die Anmeldungen zu den
privaten Minderheits-Volksschulen
finden in der Zeit vom 18.—23. Mai statt.
Auskünfte erteilen von heute ab täglich die Leiter der deutschen privaten Volksschulen in ihren Amtsstunden.

Nichtgelungener Freitod. Am Sonnabend wurde der Arbeiter Franz St. von der ulica Gimnazjalna 7 vor dem Hause bewußtlos aufgefunden. Nach dem ärztlichen Befund im städtischen Krankenhaus hatte St. in selbstmörderischer Weise Gift zu sich genommen. Nach Anwendung von Gegenmitteln gelang es den Lebensmüden außer Gefahr zu setzen. Der Grund ist unbekannt. m.

Ein verhängnisvoller Sturz. Der Angestellte der Wach- und Schließgesellschaft Richard Lazieczyk von der ulica Mielenskiego 18, stürzte auf dem Plac Matejki so unglücklich zu Boden, daß er sich einen Beinbruch zugezogen hat und in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden mußte. m.

Verkehrsunfall. Die Straßenkehrerin Marie Herich von der ulica Mielenskiego 37 wurde an der ulica Galeckiego von einer Deichsel eines Fuhrwerkes so unglücklich gestoßen, daß sie zur ärztlichen Behandlung gebracht weren mußte. Die Schuld an dem Unfall soll den Kutscher treffen, der im raschen Tempo in die Kehrkolonne hineinfuhr. m.

Fahrraddiebstahl. Ein gewisser Wilhelm Kowollik aus Friedenshütte ließ vor dem Königshütter Postamt sein Fahrrad Nr. 075 für eine kurze Zeit unbewacht stehen. Als er nach Erledigung seiner Angelegenheit zurückkehrte, mußte er die Wahrnehmung machen, daß sich irgendein Liebhaber gefunden und das Fahrrad angeeignet hat. Der Schaden beträgt 280 Zloty. Vor Ankauf wird gewarnt. m.

Myslowitz

Rosdzin. (Beim Kohlensammeln erheblich verbrüht.) Die 43jährige Ehefrau Sofie Glos aus Eichenau war auf der Schlackenhalde der Kopalnia „Prigwitz“ in Rosdzin beim Kohlensammeln beschäftigt. Die Frau kam plötzlich zu Fall und erlitt durch die glühenden Schlackenmassen erhebliche Brandwunden. Nach Erteilung der ersten ärztlichen Hilfe an Ort und Stelle wurde die Verunglückte nach dem Gemeindespital in Rosdzin überführt. X.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Falvahütte. (Unter herabfallenden Sandmassen erstickt.) Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der Sandgrube der „Falvahütte“. Dort wurde von herabfallenden Sandmassen der 8jährige Walter Josefowski aus Eintrachthütte verschüttet. Der Tod trat auf der Stelle ein. Weitere Untersuchungen sind im Gange.

Kuntzendorf. (Noch ein Opfer des Badens.) Der 24jährige Arbeitslose Georg Bieganski aus Kuntzendorf ertrank während des Badens in den Teichen von Makoschau. Der Tote wurde in die Leichenhalle in Makoschau überführt. x.

Lipine. (Tödlicher Verkehrsunfall.) Auf der ul. Krol.-Huda wurde von dem Personenauto Sl. 9 055, der 7jährige Thadäus Szromka aus Lipine angefahren. Es erfolgte die Einlieferung in das Spital, wo der Tod in kurzer Zeit eintrat. x.

Neudorf. (Zusammenprall zwischen Straßenbahn und Fuhrwerk.) Auf der ulica Poniatowskiego kam es zwischen einer Straßenbahn und dem Fuhrwerk des Andreas Zur zu einem Zusammenprall. Die Deichsel wurde gebrochen. Personen sind bei dem Verkehrsunfall nicht verletzt worden. Nach den inzwischen eingeleiteten polizeilichen Untersuchungen trägt der Fuhrwerksbesitzer die Schuld an dem Verkehrsunfall, welcher an dem kritischen Tage betrunken gewesen war und überdies ein zu schnelles Fahrttempo eingeschlagen hatte. x.

Pleß und Umgebung

Zigeuner als Brandstifter.
44 000 Zloty Brandschaden.

In den Morgenstunden zum 13. d. Mts. brach in der Ortschaft Blendowka, im Kreise Pleß, Feuer aus, welches auf mehrere Gebäude übergriff und einen Brandschaden von rund 44 000 Zloty verursachte. Zuerst brach in der Scheune des Valentin Clos Feuer aus. Die Flammen griffen auf das nebenanliegende Wohnhaus über. Das Dach der Scheune, sowie eine Menge Wohnungseinrichtungsgegenstände, sowie Heu- und Strohvorräte verbrannten vollständig. Kurze Zeit darauf wurden die Anwesen der Nachbarn Ignaz Wrobel und Josef Zemlok vom Feuer erfaßt. Dort wurden die Hausdächer, sowie Wintervorräte und alndwirtschaftliche Maschinen vernichtet.

Im Laufe der polizeilichen Feststellungen wurde von der Polizei der Zigeuner Nikolaus Majowski arretiert und zwar wegen dringenden Verdachts der Brandstiftung. Auf dem Abtransport nach der Polizeiwache versuchte der braune Geselle zu flüchten. Die Polizisten feuerten einen Schuß nach dem Verfolgten ab, durch welchen Majowski verletzt wurde. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde der Brandstifter nach der Wache abtransportiert. Weitere Untersuchungen in dieser Angelegenheit sind im Gange. x.

Rybnik und Umgebung

Niedobschütz. (Von einem Sprengkörper erheblich verletzt.) Der 10jährige Schulkrabe Vinzent Sierna fand in der Nähe der Kopalnia „Römer“ einen Sprengkörper. Der Junge brachte denselben zur Entzündung. Bei der Explosion erlitt S. arge Verletzungen am Kopf und den Händen. Es erfolgte die Einlieferung in das Knappschaftslazarett in Rybnik. X.

Rydultau. (Selbstmord durch Erhängen.) Der 25jährige Grubenarbeiter Emil Lemberski, von der ulica Krzyzkowska, verübte Selbstmord, indem er sich erhängte. Das Motiv zur Tat ist bis jetzt unbekannt. X.

Rydultau. (Blitz schlägt in ein Wohnhaus ein.) Während des letzten Gewitters schlug ein Blitz in das Wohnhaus des Josef Galoch ein. Das Wohnhausdach wurde vernichtet. Der Brandschaden wird auf etwa 500 Zloty beziffert. X.

Tarnowitz und Umgebung

Zyglin. (Nächtlicher Einbruch.) Aus einem unverschlossenen Korridor wurden, zum Schaden des Stefan Gwozd, ein Herrenfahrrad, Marke „Brennabor“ Nr. 139 728, ferner verschiedene Dokumente und Bekleidungsstücke gestohlen. X.

Passagier aus dem Flugzeug gestürzt

Roman von P. Wild.

7)

Ich blieb. Erstens war ich Junggeselle ohne bestimmten Wohnsitz, zweitens freier Schriftsteller, also unabhängig, drittens fesselte mich das Geheimnis, und ich fühlte mich psychologisch im Bann der Menschen und des Geschehens. Da es für mich räumlich gleichgültig war, wo ich meinen Geist zu Papier brachte, fand ich die Rolle als Zuschauer von anregendem Interesse.

Der Untersuchungsrichter hatte mich zu sich gebeten. Ich machte mich auf den Weg.

Zu meiner Ueberraschung traf ich Frau Mürler bei ihm.

Sie war aus Liverpool zurückgekehrt. Noch bleicher und noch unnahbarer als bei unserem ersten Sehen. Was mochte sie noch erlebt haben! Ihr veränderter Anblick erschreckte mich. Eine kurze Bemerkung von ihr klärte mich auf.

„Ich bin zu spät gekommen. Der Sarg war schon geschlossen; ich habe mein Kind nicht wiedergesehen. Eine Wiederöffnung war, wegen des Zustandes der Leiche, unmöglich.“

Ich verstand, was das für die Schwergeprüfte bedeutete. Ein bitteres Geschick hatte ihr auch bei dieser Trennung ein letztes Wiedersehen verwehrt. Nun hatte sie weder von ihrem Gatten noch von ihrem Kinde Abschied nehmen dürfen.

Die Frau hatte etwas Knappes, Kaltes, und doch zeigte ihr Aussehen, daß sie seelisch unter den Vorgängen unsagbar litt.

„So hat sich bis jetzt kein neues Moment in der Sache des Verschwindens meines Mannes ergeben?“ fragte sie den Untersuchungsrichter.

Etwas weitschweifig, seiner Art gemäß, setzte er ihr auseinander, daß er die Annahme eines Verbrechens endgültig fallen gelassen hatte. „Es muß ein Unglück gewesen sein, gnädige Frau.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Damit gebe ich mich nicht zufrieden. Ich will und werde das Rätsel klären. Zunächst fahre ich jetzt zum Krankenhause. Ich will die Tänzerin sehen; mir ist, als finde ich dort einen weiteren Anhalt.“

„Machen Sie sich keine unnötigen Hoffnungen, gnädige Frau!“

Ich fand es seltsam, dieses Versteifen auf das Kennenlernen der Tänzerin. Ahnte sie irgend etwas über deren Persönlichkeit? Hatte sie in Liverpool oder London Näheres über die Künstlerin erfahren?

Der Sachlage nach war das kaum möglich. Herrn Mürlers letzter Aufenthalt in London hatte im ganzen achtundvierzig Stunden gedauert. Da er Dinge von höchster Wichtigkeit zu erledigen hatte, war er kaum mit einer Tänzerin zusammengekommen.

* * *

Es ging um die Verwertung einer ungeheuer wichtigen, großartigen Erfindung: der Antennen-Fernbeheizung. Zwecks Auswertung des Patents hatte Herr Mürler, da er in Deutschland nicht genügend kapitalkräftige Unterstützung fand, eine englisch-amerikanische Finanzgruppe zugezogen. Diese kühlen Geschäftsleute zeigten für das „phantastische“ Unternehmen höhere Einsicht als die zuständigen Behörden der Heimat.

Es ging um etwas Großes. Die Erfindung bedeutete eine Umwälzung der gesamten Wärmewirtschaft der Welt.

Statt Kohlen, Oel, Feuer wurde die Wärme durch Wärmewellen aus der Luft bezogen und ähnlich den Radiowellen durch technisch vollendete Apparate zum Dienst der Erwärmung eingeschaltet werden, wobei der Ausdehnung des Verfahrens, seiner Intensivierung, keine Schranken gesetzt waren und Wärmegrade von großer Höhe erzielt werden konnten. So würde mit einem Hebeldruck, ohne Staub, Schmutz, Anstrengung, nicht zuletzt eine wunderbare, regulierbare Zimmerbeheizung beginnen.

Die theoretischen Kleinversuche hatten vorzügliche Ergebnisse gehabt. Nun hieß es, die Erfindung im großen auszuprobieren. Dazu gehörte vor allem Kapital, denn es mußten Wärmezentralen wie Kraftzentralen der Elektrizität als Versuchsstationen errichtet und die Versuche in der Praxis vervollkommnet werden. Sollte der Ausbau solcher Wärmesendwerke gelingen, wäre die Umwandlung der Heizverhältnisse für die Welt Wahrheit geworden — ein neues Zeitalter würde beginnen.

Die Verhandlungen Mürlers waren mit einem Engländer und zwei Amerikanern unter strengster Vertraulichkeit geführt worden. Keiner der Teilnehmer erfuhr vor Abschluß des Vertrages die letzten technischen Einzelheiten; Mürler hatte nur das Notwendigste der Erfindung in großem Umriß verraten und an einem kleinen Apparat technisch vorgeführt. Die Erfindung hatte sensationell auf die Herren gewirkt, und die Amerikaner hatten um eine kurze Verhandlungspause gebeten, um ihren Kollegen den bekannten Bankier Would, herbeizurufen. Mürler war einverstanden und wollte in der Zwischenzeit nach Deutschland zurückkehren.

Bei den Verhandlungen im Hotel waren durch geschickte Beamte alle Sicherheitsmöglichkeiten durchgeführt worden. Jeder Unbefugte war von der Konferenz ausgeschaltet. Keiner der Herren hatte einen Sekretär bei sich. Jeder war gleichermaßen von der dringenden Notwendigkeit strikter Geheimhaltung überzeugt.

So erfuhr ich, daß etwas besonders Wichtiges auf dem Spiel gestanden hatte, was auch den Untersuchungsrichter nachdenklich machte.

Dennoch fand ich nicht die geringste Verbindung zwischen der Wichtigkeit der Erfindung, der Konferenz und dem Interesse für die Tänzerin.

„Wollen Sie mich zu ihr begleiten“, bat Frau Mürler. „Sie haben sie auf der Fahrt gesehen, können feststellen, daß sie es ist.“

Es gab etwas im Wesen dieser Frau, das Widerspruch ausschloß.

Zustimmend verbeugte ich mich.

„Sie werden nicht vorgelassen werden, gnädige Frau. Soll ich vorher den Arzt anrufen?“

„Lassen Sie! Ich fahre hin und werde sie sehen.“ Das klang selbstsicher, bestimmt.

Wir fuhren zu den Krankenanstalten.

„Fräulein Brijja Hilma Khan? Bedaure sehr, die Kranke darf keinen Besuch empfangen; sie ist noch ohne Bewußtsein. Der Herr Geheimrat hat strengste Ruhe angeordnet.“

„Ist der Herr Geheimrat anwesend?“

Ein Blick der Schwester auf die Armbanduhr.

„Allerdings. Der Herr Geheimrat beginnt sogleich die Visite.“

„Bitte melden Sie mich ihm.“

„Ich bedaure! Ich darf ihn jetzt nicht stören.“

„Der behandelnde Arzt ist doch Herr Doktor Lübke“, erinnerte ich mich an das Gespräch des Untersuchungsrichters.

„Ganz recht. Zuerst. Später hat der Herr Geheimrat den Fall persönlich übernommen.“

(Fortsetzung folgt.)

Bielitz und Umgebung

Kurpfuscher, Scharlatane und Aehnliches.

Das Kulturleben unserer Tage leidet ebenso wie die Politik an einer schweren Krankheit: es ist der Faschismus. Die Faschisierung des Geisteslebens macht überall dort Fortschritte, wo die Menschen sich das Denken ersparen wollen. Der Faschismus ist brutale Gegenwart, der Spott auf jede Kulturüberlieferung, der Hohn über alles Streben zur Wahrheit, die Karikatur menschlicher Gesellschaftsziele überhaupt. Der Faschismus verlangt den Glauben an die Gottähnlichkeit einzelner „Führer". Diese wissen wohl, daß sie selbst kaum wissen, „wo Gott wohnt," daß aber die Gedankenträgheit der Massen jedem Wunderglauben reichlich Nahrung bietet, daß man also nur die erforderliche Frechheit haben muß, um immer wieder Gläubige zu finden.

Es gibt wohl keinen schlagenderen Beweis für die Gedankenfaulheit großer Bevölkerungskreise als die Tatsache, daß man bei einigem Unternehmungsgeist imstande ist, die menschliche Dummheit in bare Münze umzuwandeln. Trotz aller Wirtschaftskrise lassen sich glänzende Geschäfte machen, wenn man nur die Sache richtig anfaßt.

In einem Bielitzer Hotel lebt ein fremder Herr und zwei junge Damen. Der Herr läßt sich mit einem akademischen Titel ansprechen und die Damen gehen als Krankenpflegerinnen kostümiert herum. Sie machen Geschäfte. Sie verkaufen nämlich elektrische Apparate für Heilzwecke. Merkwürdig ist doch die Findigkeit der elektrischen Industrie. Mit Haushaltungsapparaten kann man heutzutage, obgleich diese wirklich nützliche Gegenstände sind, keine Geschäfte machen. Aber den Leuten einzureden, daß man sie mit einem gewöhnlichen Elektrisierapparat heilen könne, das geht noch immer. Also werden massenhaft „Heilapparate" erzeugt und verschiedene „Doktoren" verdienen ihre Provisionen durch den Vertrieb, wobei natürlich die nötige Aufmachung mittels „Krankenpflegerinnen" u. dgl. nicht fehlen darf. — In poln. Teschen gibt es eine „Naturheilkundige". Sie läßt sich ebenfalls mit einem akademischen Titel ansprechen. Ihre Methode ist eine geradezu lächerlich stumpfsinnige. Jede Stallmagd würde bessere Einfälle haben, wenn sie es darauf ankommen ließe, Naturheilkunde zu betreiben. Auffallend ist nur, wie solcher Bauernfang von den Behörden geduldet wird. Nach den bestehenden Gesetzen ist Kurpfuscherei verboten. In Teschen scheint dieses Gesetz keine Gültigkeit zu haben. Man erklärt sich dies auf verschiedene Weise. Die Einen sagen, daß man die Kurpfuscherin aus „nationalen" Gründen begünstige, weil sie den deutschen Aerzten Konkurrenz mache. Die Anderen wissen etwas von den geschäftlichen Interessen einer Teschener Apotheke zu erzählen, welche der handelstüchtigen Dame nahestehen soll. Aber das weitaus Beschämendste an diesem ganzen Spiel ist das Verhalten des Publikums. Menschen, bei denen man eigentlich etwas Intelligenz erwarten sollte, finden es nicht unter ihrer Würde, den Quatsch mitzumachen, und schämen sich ihrer mittelalterlichen Denkart nur, wenn sie jemand direkt auf das Beschämende ihres Verhaltens aufmerksam macht. Sonst kommt es ihnen gar nicht zu Bewußtsein. Mitunter ist eben sogenannte Bildung eine recht oberflächliche Tünche.

Ein drittes Beispiel: Eine Zeitung bringt im Anzeigenteil eine Annonce irgend eines gewerbsmäßigen Wahrsagers. Zwar hat dieser noch nie in seinem Leben die Wahrheit gesagt, wahrscheinlich auch nicht im Privatleben, aber zu Geschäftszwecken ist die sogenannte Wahrsagerei immer gut zu verwenden. Also wird er sofort brieflich und persönlich mit Anfragen überstürmt. Er läßt sich jeden Mumpitz, den er spricht oder schreibt, teuer bezahlen und findet immer Dumme genug, welche ihm Glauben schenken.

Die Beispiele für die Gedankenträgheit und kulturelle Rückständigkeit zahlreicher sogenannter gebildeter Kreise ließen sich ins Endlose mehren. Es mag ja für diese Leute **ein** Umstand zur Entschuldigung angeführt werden: die Menschen verlieren heutzutage vielfach den Glauben an Dinge, die bisher als unerschütterlich galten und schaffen sich darum irgend einen Ersatz. Aber alles in allem muß man diesen Massenunverstand als das bezeichnen, was er ist: eine Kulturschande!

Eröffnung des Zigeunerwaldbades. Die Verwaltung gibt bekannt, daß heute nachmittag das Bad eröffnet wird. Die Temperatur des Wassers beträgt ca. 23 Grad Celsius, so daß das Wasser eine angenehme Wärme hat. Die Saisonkarten sind in der Geschäftsstelle der „Schles. Zeitung", am Töpferplatz, sowie an der Kasse des Bades erhältlich. Der Verkauf der Blockkarten beginnt am 18. Mai am Töpferplatz und an der Tageskasse im Bad. Nachdem auch für Sonnenbäder hinreichend Vorsorge getroffen ist, laden wir auch diejenigen zum Besuch der Badeanstalt herzlich ein, welche ein wärmendes Sonnenbad dem kühlen Naß vorziehen.

Schrebergärten. In der ulica Rzeznicza (gegenüber der Papierfabrik) sind Schrebergärten im Ausmaße von 150 Quadratmetern zu vermieten. Auskünfte erteilt der Magistrat Bielsko, Büro Nummer 13.

Theater und Kunst

Polnisches Theater in Bielitz. (Carmen, Oper von J. Bizet.) Eine überaus saubere und ausgefeilte Aufführung, welche durch L. Zamorska und E. Plonski eine besondere Note bekam. Die Zamorska ist eine rassige Carmen mit verführerischem Augenspiel und Schlangenbewegungen, die Stimme klingt voll, entbehrt jedoch des Glanzes. Plonskis sieghafter Escamillo bestrickt vom ersten Ton an. Hier zeigt sich die Beherrschung der Szene, feuriges Temperament, von künstlerischer Empfindung maßvoll geleitet. Neben diesen beiden fiel der Don Jose des Herrn Bredlewicz etwas ab, mußte abfallen, da sich das Fehlen der schauspielerischen Qualitäten durch Routine nicht ersetzen läßt. Vielversprechend das noch nicht voll ausströmende Organ der Michaela (Lenderowna). Imposant der Zuniga Kruzers. Der Kinderchor im ersten Akte, das Schmugglerquartett im zweiten, das Trio der Kartenlegerinnen im 3. Akte, sowie die Chorpartien verrieten, daß Kapellmeister Leszczynski ganze Arbeit geleistet hat. Primaballerina Soboltowna tanzte in Begleitung ihres tüchtigen Balletts eine wildbewegte Farandola. H. R.

Zum Kampf der Textilarbeiter in Bielitz-Biala

Seit Montag, den 11. Mai l. J. stehen in Bielitz-Biala ungefähr 4 500 bis 5 000 Textilarbeiter aus 39 Betrieben im Kampf gegen das Ausbeutertum. Die Textilindustriellen planen nicht nur einen 12prozentigen Lohnabbau, sondern auch andere Lohnverschlechterungen, und vor allem anderen die gänzliche Beseitigung des Paragraph 1154b bezüglich des Entgeltes. Dieser Paragraph des bürgerlichen Gesetzbuches bildet schon lange Gegenstand der heftigsten Angriffe seitens des gesamten Unternehmertums. Diese Errungenschaft, welche noch aus der Kriegszeit stammt, hat nur in den früher zu Oesterreich gehörenden Teilen Polens Geltung. Obwohl die Vorteile, welche die Arbeiter auf Grund dieses Paragraphen haben, keine große finanzielle Belastung für die Unternehmer bedeuten (es soll kaum 1 Prozent des Gesamtlohnes betragen), laufen die Unternehmer bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegen denselben Sturm, wie sie das gegen alle sozialen Errungenschaften zu tun belieben. Haben sie diesen Paragraphen 1154b beseitigt, dann ist auch der Weg offen für weitere Attacken der Unternehmer. Die Arbeiterurlaube sind den Unternehmern auch schon lange ein Dorn im Auge, sowie auch der achtstündige Arbeitstag. Die Unternehmer wollen sich mit einer Errungenschaft nicht zufriedengeben, denn mit dem Essen kommt ihnen erst der Appetit. Wenn sie auf keinen Widerstand stoßen, dann gehen sie rücksichtslos bis zur vollständigsten Entrechtung und Versklavung der Arbeiterklasse vor. Deshalb ist es notwendig, keine, wenn auch noch so geringe Konzession dem Unternehmertum zu machen, denn dies würde sich in der Zukunft nur zum Schaden für die Arbeiter auswirken.

Dieser, den Arbeitern aufgezwungene Kampf könnte für die Arbeiter viel günstiger stehen, wenn die Unternehmer nicht in den Reihen der Arbeiter selbst ihre Helfershelfer hätten. Die größte Stärke der Arbeiterklasse liegt eben nur in ihrer Einigkeit und Solidarität. Diese zu zerschlagen ist die Hauptaufgabe der verschiedensten Arbeiterfeinde.

Zunächst haben wir hier die nationalen, christlichen und patriotischen zwerghaften Auchgewerkschaften, welche glauben, auch eine Rolle spielen zu dürfen. Bei den bis jetzt gepflogenen Verhandlungen haben sie die denkbar traurigste Rolle gespielt. Wenn die gepflogenen Verhandlungen am toten Punkt angelangt sind, so ist es die Schuld dieser Demagogen. Durch dieses verräterische Verhalten dieser Stümper in der Arbeiterbewegung wurden die Unternehmer in iher Angriffslust noch bestärkt. Gebe es diese Querulanten in der Arbeiterbewegung nicht, dann stünde es auch viel besser um die Existenz der Arbeiter, sowie um die Arbeitersache überhaupt. Aber nicht genug an diesen Zersplitterern der Arbeitersolidarität, es müssen sich noch mehr Unternehmerknechte finden. Nachdem die nationalen, klerikalen und patriotischen Phrasen unter der Arbeiterschaft nicht mehr ziehen, greift man zu einem anderen Mittel, um die Einigkeit der Arbeiterschaft unter allen Umständen zu zerschlagen. Man will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben oder, man will päpstlicher wie der Papst selbst sein!

Diese neuen Heilsverkünder sind die Kommunisten oder „linken Gewerkschaften" wie sie sich irrtümlich nennen, und die es überhaupt gar nicht gibt. Bei Ausbruch des Kampfes der Textilarbeiter sind sie plötzlich aufgetaucht und wollen sich auf einmal unter der Arbeiterschaft recht breit machen. Diese „linken Gewerkschaften" haben auch ein Flugblatt verbreitet, worin sie von 25 000 streikenden Textilarbeitern faseln und dieselben zu einer am 13. d. Mts. stattzufindenden Versammlung vor dem Arbeiterheim einluden. Außer den bekannten Krakeelern ist aber niemand erschienen, was zur Genüge beweist, daß man die Oeffentlichkeit gern bluffen möchte. Um sich irgend einen Anhang unter der Arbeiterschaft zu verschaffen, beschimpfen sie die bisherigen bewährten Vertrauensmänner und Führer der klassenbewußten Arbeiter als Bonzen und Verräter. Kaum daß irgend ein Kampf ausbricht, da schreien diese neunmal weisen „Volksbeglücker" jedesmal über Verrat! Es ist dies die altbekannte „Haltet den Dieb"-Politik. —

Das oberschlesische Kreiskomitee der kommunistischen Partei Polens hat es auch für gut befunden, ein Flugblatt herauszugeben, worin die Textilarbeiter aufgefordert werden, Streikkomitees in den Fabriken zu wählen, welche den Streik führen sollen! Diesen Kommunisten geht es lediglich nur ums Streiken, denn sie schreiben wörtlich:

„Laßt den Streik nicht durch die Bonzen des Textilarbeiterverbandes verkaufen!"

Mit welchen beschränkten Leuten man es hier zu tun hat, geht aus obigem Satz zur Genüge hervor. Außerdem ist dieses sogenannte Flugblatt in recht jämmerlichem Deutsch geschrieben, voller Widersprüche, gespickt mit demagogischen Phrasen, denn mit der Lohnerhöhung von 1.— Zloty täglich und dem 7-Stunden-Arbeitstag meinen es diese Demagogen selbst nicht ernst! Es hieße diesen „Gernegroßen" zu viel Ehre antun, sollte man sich mit diesem „Geistesprodukt" von Flugblatt viel beschäftigen. Wie niedrig schätzen diese Zersplitterer der Arbeitersolidarität die hiesigen Textilarbeiter ein, wenn sie sich mit solchen Geistesergüssen an dieselben zu wenden erlauben. Diese Pfuscher täten gut, sich noch ein paar Jahre auf die Schulbank zu setzen und anständig zu lernen und bevor sie über Arbeiterangelegenheiten etwas reden oder schreiben, dann soll jeder noch ein paar Jahre praktische Arbeit im Betriebe leisten. **Textilarbeiter, laßt Euch durch solche Demagogen nicht irreführen!**

Auszüge aus meinem Tagebuch

. . . . . am 15. Mai 1931.

Die Diktatur ein Zufall?

Als Mussolini den Marsch auf Rom organisierte, die Macht eroberte und die faschistische Diktatur aufrichtete, da konnte noch bei so manchem der Glaube Platz greifen, daß es sich um einen Einzelfall, bewirkt durch das organisatorische Talent eines Mussolini, durch seine individuelle Initiative, begünstigt durch besondere Gefühlsmomente und Verhältnisse in Italien, handelt.

Als aber die Diktaturwelle ihren Rundgang machte, zunächst auf alle Staaten des Süden Europas, nachher auf die Oststaaten übergriff, überdies starke Tendenzen zur Diktatur im Zentrum Europas auslöste, dann konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß wir nicht mit einem Zufall, sondern einer „historischen" Erscheinung zu tun haben.

Daß die Diktatur von Rechts eine Antwort auf die Diktaturbestrebungen von Links war, unterlag keinem Zweifel. Daß aber die Rechtsdiktatur einem geschichtlichen Stadium der Wirtschaft entspricht, wurde erst klar, als die letzte, noch sich hinziehende Wirtschaftskrise, einsetzte.

Merkwürdigen Erschütterungen war der kapitalistische Wirtschaftsorganismus seit Kriegsausbruch ausgesetzt. Nicht in weiten Abständen, wie in der Vorkriegszeit tauchten die Wirtschaftskrisen auf. Jede paar Jahre wird die Wirtschaft von Krisen in verschiedenster Form heimgesucht: Mangel an Maschinen, Rohstoffen, an lebenswichtigen Artikeln, Teuerung, Inflation, Devaluvation, Arbeitslosigkeit, Kapitalsmangel — wechselten bezw. folgten in raschem Tempo aufeinander.

Da erst ging auch dem Laien ein Licht auf, daß etwas in dem kapitalistischen Getriebe nicht klappt, daß die kapitalistische Uhr schlecht geht, daß den Adern an Blut fehlt, daß der kapitalistische Organismus altersschwach, morsch, leistungs- und entwicklungsunfähig geworden ist.

Das sind die Merkmale des Kapitalismus der Jetztzeit. Er liegt krank, schwer krank darnieder.

Diesem Stadium in der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems entspricht die Diktaturwelle, die politische Diktatur der Reaktion.

Was Laien jetzt erst klar sehen oder vor kurzem erblickt haben, das empfanden die Verfechter des Kapitals zunächst instinktiv, um nachher klar zu erkennen, daß der Kapitalismus als Wirtschaftsform unhaltbar gewesen ist und einer höheren Wirtschaftsform weichen muß.

Niemand gibt gerne seinen Besitz auf, am allerwenigsten die Besitzer des Kapitals. Da ihre Gönner die politische Macht besitzen, so ist es begreiflich, daß sie diese Hebel in Bewegung setzten, um den Verfall zu verhüten. Das nächstliegende ist, daß die Machtorgane der besitzenden Klasse ausgebaut und befestigt werden. Mit eigenen Händen vernichten die bürgerlichen Parteien die von ihnen geschaffenen Institutionen der Freiheit, die Demokratie und den Parlamentarismus. Mit eigenen Füßen zerstampfen sie eigene, von ihnen als die vollkommensten, gepriesenen Schöpfungen. Rücksichtslos vernichten sie das eigene Bauwerk und richten auf seinen Trümmern die Diktatur auf.

Die Rechtsdiktatur ist kein Zufall. Sie darf als Zufall nicht gewertet werden. Sie entspricht den Zerfallerscheinungen des Kapitalismus, der wie einst der Feudalismus sich mit Hilfe der brutalsten Gewaltmitteln vor dem Niedergange retten will.

Bezeichnend ist es für den Kapitalismus der Jetztzeit, daß seine Träger, seine Gelehrten und Publizisten, hilf- und ratlos dastehen. Hie und da greifen sie auf die Krankheitserscheinungen zurück, untersuchen den Kranken, beobachten seinen Pulsschlag, — was sie aber als Heilmittel empfehlen, ist untauglich.

Manche dieser „Heilmittel" muten direkt tragikomisch an. Wenn man z. B. der Welt glaubhaft machen will, daß der Abbau der sozialen Lasten und die Verlängerung des Arbeitstages eine Gesundung des Kapitalismus ermöglichen würde, so kann man diese wirtschaftliche Scharlatanerie höchstens mit einem höhnischen Lächeln quittieren.

Wie aber verhält es sich mit den angeblich ernsten Gesundungsprojekten?

„Wo die Pflicht ruft!"

Wochenprogramm des Vereins jugendlicher Arbeiter Bielitz.

Montag, den 18. Mai 1931, um ½7 Uhr abends: Musikprobe.

Dienstag, den 19. Mai, um 7 Uhr abends: Gesangsstunde; 5 Uhr nachmittags: Handballtraining.

Mittwoch, den 20. Mai, um 7 Uhr abends: Mädchenhandarbeit.

Generalversammlung des Radioklubs.

Der Vorstand des Radioklubs macht alle Mitglieder darauf aufmerksam, daß am Montag, den 18. Mai l. Js., um 8 Uhr abends, im Physiksaale der Zennerbergschule die diesjährige Generalversammlung mit folgender Tagesordnung stattfindet:

1. Verlesung des Protokolles der letzten Generalversammlung.
2. Berichte der Obmänner, des Kassiers und des Materialverwalters.
3. Neuwahl des Vorstandes und der Rechnungsprüfer.
4. Festsetzung der Monatsbeiträge und der Aufnahmegebühr.
5. Anträge und Allfälliges.

Die Mitglieder werden ersucht, zu dieser Generalversammlung im eigensten Interesse zu erscheinen.

Sollte um 8 Uhr die Generalversammlung nicht die erforderliche Zahl der Anwesenden aufweisen, findet um 8½ Uhr die zweite Versammlung ohne Rücksicht auf die Anzahl der Anwesenden statt.

Mit Rücksicht auf die Generalversammlung entfällt der Bastelabend an diesem Montag.

Altbielitz. Am Dienstag, den 19. Mai l. J. findet um 7 Uhr abends im Gasthaus Schubert Andreas die fällige Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins „Vorwärts" statt. Die Vorstandsmitglieder, Hilfskassierer und sozialistischen Gemeinderäte werden hierzu freundlichst eingeladen.

Freigewerkschaftliche Rundschau

Der J. G. B. in Madrid

Der Umschwung nach der Revolution.

Die diesjährige ordentliche Ausschußsitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes erhielt ihre besondere Bedeutung durch die brennenden Probleme des Augenblicks und die Abhaltung der Tagung in Spanien. Die Anberaumung der Sitzung in Madrid erfolgte auf besonderen Wunsch der spanischen Genossen im Juli 1930.

Daß dieser Beschluß gefaßt und auch im kritischen Augenblick der nachfolgenden Unruhen und Umwälzungen aufrecht erhalten wurde, ist vor allem dem unerschütterlichen Glauben und der unbedingten Zuversicht der spanischen Genossen zuzuschreiben. Keinen Augenblick zweifelten sie an der Möglichkeit der Abhaltung und der reibungslosen Durchführung der Sitzung in Madrid. Daß der Ausschuß des JGB. der erste Gast der jungen Republik wurde, steigerte die Genugtuung der spanischen Genossen und den Widerhall der Besprechungen in dem so regen öffentlichen Leben Spaniens.

Als Largo Caballero, das langjährige Ausschußmitglied des JGB., in seiner Eigenschaft als Arbeitsminister der provisorischen Regierung im Laufe seiner Begrüßungsansprache bekanntgab, daß das bis jetzt auf sozialpolitischem Gebiet äußerst rückständige Spanien

bedingungslos die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag ratifizieren,

den 1. Mai zum offiziellen Festtag erklären und den Stiefkindern spanischer Sozialgesetzgebung, den Landarbeitern, eine Linderung ihres schweren Loses bringen werde; als Gäste der Internationale am 1. Mai bei völliger Arbeitsruhe in Stadt und Land den gewaltigen Kundgebungen beiwohnten, die in allgemeiner Begeisterung und bester Disziplin durchgeführt wurden, trat mit besonderer Deutlichkeit und Möglichkeit nationalen gewerkschaftlichen Fortschritts und gleichzeitiger internationaler Zusammengehörigkeit und Zusammenarbeit in Erscheinung.

Der gleiche Geist sprach auch aus dem Bericht und der Replik Th. Leiparts zum Hauptpunkt der Tagesordnung, d. h. zum Problem der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit. Im Augenblick, wo eine weltweite Krise den internationalen Charakter wirtschaftlichen Geschehens unterstreicht und gleichzeitig national überall der energischste Kampf geführt werden muß, um möglichst viele Stellungen der Arbeiterklasse zu halten, drängte sich die Wichtigkeit nationalen gewerkschaftlichen Strebens und eindeutiger internationaler Beschlüsse bei jeder Stellungnahme auf. Die Ausschußsitzung wurde dadurch zu einer entscheidungsvollen Tagung, die im Hinblick auf das schnelle Tempo wirtschaftlicher Umgestaltungen sogar berufen war, Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses, der erst im letzten Jahre abgehalten worden ist, zu ergänzen. Formalen Bedenken einzelner Länder hatte Leipart die Schlußfolgerungen entgegenzuhalten, daß in einer Zeit, wo in den wichtigsten Industrieländern jeder vierte Mensch arbeitslos ist,

die internationale Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit um ein Sechstel eine Mindestforderung

sein müsse. Außerdem wies er auf den genauen Wortlaut des Stockholmer Beschlusses hin, der ausdrücklich die 44-Stundenwoche als „Etappe zu einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit" bezeichnet. Es wird nun Aufgabe des JGB. sein, die fortschreitende Verkürzung der Arbeitszeit in dem von ihm geplanten sozialpolitischen Programm einzubauen, dessen Abfassung vom Stockholmer Kongreß beschlossen und vorbereitet wurde und das die bereits gutgeheißenen wirtschaftlichen Richtlinien ergänzen soll.

Neben den Wirtschaftsfragen traten in den Verhandlungen des Ausschusses des JGB. hauptsächlich die Maßnahmen zum

organisatorischen Ausbau des JGB. und zur Erfassung der außereuropäischen Gewerkschaften

in den Vordergrund. Diese Bestrebungen wurden bis jetzt hauptsächlich dadurch beeinträchtigt, daß man auf Grund verschiedener Erwägungen an dem alten und fest eingebürgerten Prinzip der Gleichheit der Beiträge für alle angeschlossenen Organisationen glaubte festhalten zu müssen. In dem Aktionsbericht für das Jahr 1931/32, der dem Ausschuß vorlag, wird zum ersten Male ernsthaft der Versuch gemacht, die Beiträge weitabgelegener außereuropäischer Länder mit ihrer speziellen Lage und ihren besonderen Verhältnissen in Einklang zu bringen und damit vielen Ländern entgegenzukommen, die schon wiederholt auf die hohen Beiträge sowie auf den Umstand aufmerksam gemacht hatten, daß ihnen der JGB., dessen Aktionszentrum sich vorläufig hauptsächlich in Europa befindet, verhältnismäßig nur wenig Vorteile bieten könne. In dem Aktionsprogramm wird in diesem Sinne eine Reduktion der Beiträge um 50 Prozent angeregt. Dieses Prinzip wurde erfreulicherweise als Grundlage praktischer Fühlungnahme vom Ausschuß gutgeheißen. Daß durch eine solche Abstufung in keiner Weise die Einheitlichkeit der internationalen Organisation und Aktion in Gefahr gebracht werden soll, zeigte sich bei der gleichzeitig indirekt erfolgten Stellungnahme zu den Anregungen von Woll (Vizevorsitzender des amerikanischen Gewerkschaftsbundes), der mit seinem Plan der Aufteilung der gewerkschaftlichen Interessensphären eine gefährliche Absonderung gewisser Gruppen (Gewerkschaften Nord- und Lateinamerikas sowie Europas und Asiens) herbeiführen wollte. Deutlich führte Generalsekretär Schevenels in seinem Bericht aus, daß durch eine solche Lösung in keiner Weise die grundlegenden Prinzipien der internationalen Solidarität und die einheitlichen Auffassungen im Befreiungskampf der Arbeiter in einer einzigen Weltorganisation in Gefahr gebracht werden dürfen. Natürlich soll damit eine gewisse nach Sonderaufgaben und Sonderinteressen beurteilte engere Fühlungnahme und Zusammengehörigkeit nicht ausgeschlossen sein, was schon in der gleichzeitig vom Ausschuß geprüften Bildung von Propagandasekretariaten für gewisse Weltteile (zunächst ist hauptsächlich an die an den Stillen Ozean grenzenden Länder gedacht) zum Ausdruck kommt.

Zum Schluß wäre vor allem noch auf die Tätigkeit des JGB. auf dem Gebiete der

Antikriegs- und Abrüstungsaktion

hinzuweisen. Hier wurde die Stellungnahme der Ausschußsitzung von Madrid insbesonders dadurch kennzeichnet, daß der seit Jahren zu beobachtende Prozeß der organischeren Verteilung dieser Aufgaben zwischen dem JGB. und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAJ.) zu einem gewissen Abschluß gebracht wurde. Die Wichtigkeit und Bedeutung der rein gewerkschaftlichen Aktion des im Jahre 1922 zur Kriegsverhütung gegründeten Antikriegskomitees des JGB. wurde wieder dargetan und die Aufgaben und Möglichkeiten der parlamentarischen Einflußnahme und der Antikriegspropaganda der Gesamtarbeiterschaft, die kürzlich zur Gründung einer gemeinsamen Abrüstungskommission der SAJ. und des JGB. führten, wurden festgelegt. Da im Augenblick der Schwerpunkt der Aktion auf diesem Gebiete in der einheitlichen internationalen Stellungnahme zu der im Februar des nächsten Jahres anberaumten internationalen Abrüstungskonferenz liegt, wurden insbesondere die Richtlinien dieses gemeinsamen Vorgehens vorgezeichnet.



Die Ostseebäder schmücken sich

Wieder rüsten die Ostseebäder eifrig auf die neue Saison. Der Strand, der durch die Winterunwetter manchen Schaden erlitten hat, wird in Ordnung gebracht. Nun fehlt nur noch Wärme und Sonne, dann ist alles für den Gast bereit!

Die Stimme des J. G. B. in Italien!

Nachdem sich die Faschisten in Italien — ähnlich wie heute die Nazis in Deutschland — zu Beginn ihrer „geschichtlichen Mission", d. h. in den Jahren 1919—1923, ziemlich forsch benommen hatten und „im Namen des über den einzelnen stehenden korporativen Staates" vor der Beschlagnahme von Privateigentum und der Bestreikung großer Unternehmen nicht zurückgeschreckt waren, bestätigten sie ihren eigenen Betrug im Jahre 1926 durch die Annahme des Gewerkschaftsgesetzes, dessen Artikel 18 Streiks einfach verbietet. Die korporative Idee, die im Kampfe gegen die Demokratie die Rolle des Ersatzes für die Gewerkschaften zu spielen hatte (diese „Anhängsel des bürgerlichen Liberalismus"), wurde ohne Lärm und Aufsehen fallen gelassen und die liberalistische Idee des Privateigentums und der heiligen privaten Initiative wurde zur Grundlage der „Charte der Arbeit" und damit zur Bibel des Faschismus.

Nach diesen „Richtigstellungen" beschränkte sich der Faschismus in Italien auf gelegentliche „im Interesse der Nation" diktierte Lohnherabsetzungen sowie auf die völlige Unterdrückung jeglicher Freiheiten der Arbeiterschaft. Der Idealzustand für ein rückständiges und in seinem Handeln völlig freies Unternehmertum sowie einen rücksichtslosen Diktator war hergestellt.

Wenn jedoch Mussolini glaubte, mit der Unterdrückung der gewerkschaftlichen Organisationen auch jene menschlichen Eigenschaften ausschalten zu können, die unabhängig von jeglicher Organisation früher oder später wieder zu ihrem Recht kommen wollen, so täuschte er sich. Es wird heute in Italien gegen den Wissen des „korporativen Staates" wieder gestreikt, geheimnisvolle Automobile fahren durch italienische Städte und verbreiten „aufrührerische Manifeste"; man spricht in Italien von enttäuschten Hoffnungen und „korporativem Betrug", man vernimmt wieder Stimmen von der anderen Seite der Grenzen.

Zu diesen Stimmen gehört auch jene des Internationalen Gewerkschaftsbundes (J. G. B.). In einem vom Generalsekretär des J. G. B., W. Schewenels, unterzeichneten Manifest an die italienischen Arbeiter wird heute in Italien gesagt und gehört, was man gestern nur außerhalb Italiens aussprechen konnte.

„Der J. G. B.", so heißt es in dem Aufruf u. a., „erklärt und bestätigt, daß die Demokratie die wichtigste Voraussetzung des Fortschrittes und die erste Garantie der Freiheit ist. Im Namen der 14 Millionen ihm angeschlossenen Arbeiter versichert euch der J. G. B. seiner Solidarität und lebhaften Sympathie. Nie hat er euch seine Aufmerksamkeit versagt; bei jeder Gelegenheit hat er seine unbedingte Zurückweisung des faschistischen Regimes in Italien bekundet, das euer Land außerhalb den Kreis der zivilisierten Nationen stellt!"

„Im Namen der Vergangenheit, die noch in euch lebt und der ihr würdig seid, habt ihr, italienische Arbeiter, die Pflicht, mit aller eurer Energie für die Freiheit und gegen das euch auferlegte Joch zu kämpfen. Fordert die Wiederherstellung eurer Rechte! Wenn eure Regierung sich wirklich der Macht und Popularität erfreut, deren sie sich rühmt, so kann sie nicht davor zurückschrecken, euch eure Freiheiten wiederzugeben.

Der Internationale Gewerkschaftskongreß in Stockholm hat das Problem der Lage der Länder ohne Demokratie eingehend behandelt. Allen Opfern der Reaktion und der Diktatur, allen jenen, die in den Gefängnissen schmachten, allen, die wegen ihrer Liebe zur Freiheit und ihrer Treue gegenüber der Gewerkschaftsbewegung von der Unterdrückung und dem Terror getroffen werden, hat er die Sympathie des internationalen Proletariats zum Ausdruck gebracht. In dem in Stockholm aufgestellten Programm ist die Notwendigkeit des Kampfes und die Pflicht zum Kampfe gegen die Reaktion und die Diktatur sowie für die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie festgelegt.

Der J. G. B. hat insbesondere an euch, italienische Kameraden gedacht, als er die Losung der Vereinigung aller Kräfte und Energien in diesem Kampfe, der vor allem euer Kampf ist, aufstellte. Der Drang nach der Freiheit möge all euer Tun und alle eure Gedanken beseelen! Ohne Freiheit und ohne Demokratie gibt es keine freien Gewerkschaften; ohne freie Gewerkschaften gibt es keine Verteidigung und Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft. Der Faschismus will euch alles rauben, bis auf die Hoffnung auf Freiheit und Linderung eures Elendes. Eure gewerkschaftlichen Traditionen und euer Platz in der modernen Welt erlauben es euch nicht, ein so verabscheuenswertes Regime zu dulden, wie es der Faschismus darstellt. Ihr habt das Recht und die Pflicht, freie Menschen zu sein! Entledigt euch eurer Ketten! Auf für die Freiheit! Es lebe der Italienische Gewerkschaftsbund! Es lebe der Internationale Gewerkschaftsbund!"



Die Kufsteiner Heldenorgel wird abgestimmt

Unsere Aufnahme, die einen Orgelstimmer beim Abstimmen der 108 Pfeifen der Kufsteiner Heldenorgel zeigt, gibt einen Begriff von der Größe dieses eigenartigen Ehrenmals, das kürzlich eingeweiht wurde. Die Riesenorgel hat 28 Register.

Der Kampf gegen die Wirtschaftskrise in Deutschland

Da in Deutschland — wie in den meisten anderen Ländern — keine entscheidende Besserung der Wirtschaftslage zu verzeichnen ist, haben sich die Gewerkschaften fortlaufend mit der Frage der wirksameren Bekämpfung der Krise zu befassen und sich dabei auch vor allem gegen die verfehlten Maßnahmen der Regierung zu wenden. Neuerdings haben sich die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes mit einer Kundgebung an den Reichskanzler gewandt, die einerseits die von der Regierung begangenen Fehler aufzeigt und andererseits die Forderung auf Einführung der 40-Stundenwoche und Sicherung der Arbeitslosenunterstützung unterstreicht.

„Die Politik der Regierung", so heißt es in der genannten Kundgebung, „Löhne, Gehälter und Preise zu senken, hat nicht zu einer fühlbaren Linderung der Wirtschaftskrise geführt. Nicht entfernt ist die Senkung der Preise in dem Maße erfolgt, wie die Senkung der Löhne und Gehälter. Infolge des hierdurch entstandenen Verlustes an Realeinkommen und Kaufkraft der Konsumentenmassen kann die Wirtschaftskrise in Deutschland nicht zu beschleunigtem Ablauf kommen. Noch immer sind daher mehr als 4,6 Millionen arbeitslos. Eine tiefgehende Notlage beherrscht die gesamte deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft" . . . „Als wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit sehen wir die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Versorgung der Arbeitslosen an. Deshalb erneuern wir unsere Forderung nach durchgreifender Verkürzung der Arbeitszeit durch allgemeine Einführung der 40-Stundenwoche für alle Berufe unter Erhaltung und Stärkung der Massenkaufkraft" . . . „Selbst wenn es gelingen sollte, die Arbeitslosigkeit einzudämmen, bleibt die Sicherung der Arbeitslosenunterstützung eine vordringliche Pflicht des Staates. Wir betonen ausdrücklich, daß uns weitere Einschränkungen der bereits ohnedies stark reduzierten Leistungen oder eine weitere Einengung des Personenkreises in der Arbeitslosenversicherung völlig untragbar erscheinen. Wir warnen vor der Einführung von Reformen, die nur Abbau und Auflösung der Versicherung bedeuten können. Dagegen erscheint uns dringend notwendig die Schaffung einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge für alle Arbeitslosen, die keine Versicherungsansprüche haben. Wir betonen erneut die Notwendigkeit, öffentliche Mittel in größerem Umfange für die Unterstützung der Arbeitslosen bereitzustellen, wenn die zur Verfügung stehenden Beitrags- und Etatsmittel zur Deckung der Lasten nicht ausreichen."

Jubiläumskongreß der lettländischen Landeszentrale

Am 18. und 19. April fand in Riga der 10. Kongreß der lettländischen Landeszentrale statt, der gleichzeitig zu einem Jubiläumskongreß der freigewerkschaftlichen lettländischen Gewerkschaften wurde. Als vor 10 Jahren der erste Kongreß der lettländischen Gewerkschaften abgehalten wurde, erfolgte auf Befehl Moskaus die Spaltung: die Kommunisten gründeten eine eigene Zentrale. Diese Organisation hat jedoch von Jahr zu Jahr an Einfluß verloren und ist heute für die wirtschaftlichen Kämpfe der lettländischen Arbeiterschaft ohne jegliche Bedeutung. Diese Tatsache kommt auch in der kleinen Zahl der schließlich noch übrig gebliebenen Mitglieder zum Ausdruck. Hingegen kann die freigewerkschaftliche Landeszentrale auf eine erfreuliche Entwicklung zurückblicken; ihre Mitgliederzahlen gestalteten sich in den letzten Jahren wie folgt: 1926 — 15.000, 1927 — 18 700, 1928 — 21 800, 1929 — 23 500 und 1930 — 25 000 Mitglieder. Zur Zeit umfaßt die Landeszentrale 26 Verbände mit über 26 000 Mitgliedern. Allein im Jahre 1930 haben die der Landeszentrale angehörenden Organisationen 8 erfolgreich verlaufene Streiks durchgeführt. 3 Verbänden gelang es, mit den Unternehmern insgesamt 12 Kollektivverträge abzuschließen. Die Landeszentrale und 7 Verbände geben insgesamt 9 Organe heraus. Die Landeszentrale, die 5 Ortsausschüsse zählt, unterhält ein Arbeitsmuseum, ein Erholungsheim und andere soziale Institutionen. Die Einnahmen der angeschlossenen Verbände bezifferten sich im Jahre 1930 auf 574 715 Lats (1 Lat = 1 Schweizer Franken).

Die Fragen der Wirtschaftskrise, der Arbeitszeit und der Löhne bildeten die Hauptpunkte der Tagesordnung des Kongresses. Die Tagung beschloß, sich energisch für die Bekämpfung der Krise und für die Einführung der 40-Stundenwoche, der Arbeitslosenversicherung und die Abschaffung der Ueberstundenarbeit einzusetzen. — Im Interesse der Gesundung des Wirtschaftslebens und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde ein ausführliches Wirtschaftsprogramm aufgestellt. Außerdem beschloß der Kongreß, die Selbsthilfe in den Verbänden auszubauen, die Konzentration der Gewerkschaftsbewegung zu fördern und die gewerkschaftliche Propaganda unter den Frauen auszubauen.

Als Vertreter des J. G. B. wohnte sein Ausschußmitglied Peter Graßmann der Tagung bei.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 408,7

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 16,30: Kinderstunde. 16,45: Schallplatten. 17,15: Vortrag. 17,45: Volkstümliches Sinfoniekonzert. 18,45: Vorträge. 20,15: Unterhaltungskonzert. 21,15: Suitenkonzert. 23: Tanzmusik.

Warschau — Welle 1411,8

Dienstag. 12,10: Mittagskonzert. 15,35: Vorträge. 17,45: Volkstümliches Sinfoniekonzert. 18,45: Vorträge. 20,15: Volkstümliches Konzert. 21,15: Suitenkonzert. 22,15: Abendkonzert. 23: Tanzmusik.

Gleiwitz Welle 259. Breslau Welle 325.

Dienstag, den 19. Mai. 6,30: Funkgymnastik. 6,45—8,30: Frühkonzert (Schallplatten). 11,15: Zeit, Wetter, Wasserstand, Presse. 11,30: Von der Werft in Kiel: Stapellauf des Panzerkreuzers A. 12: Erstes Schallplattenkonzert. 12,35: Wetter; anschließend: Was der Landwirt wissen muß! 15,20: Kinderfunk. 15,45: Das Buch des Tages. 16: Unterhaltungsmusik. 17,35: Zweiter landw. Preisbericht; anschließend: Rechtsfälle des täglichen Lebens. 18,05: Stunde der werktätigen Frau. 18,35: Schlesiens Flora im Frühling. 19: Wettervorhersage; anschließend: Abendmusik auf Schallplatten. 20: Unsere Schallplatten. 21: Abendberichte. 21,10: Aus Berlin: „Der Alpenkönig und der Menschenfeind". 22,15: Zeit, Wetter, Presse, Sport, Programmänderungen. 22,25: Mitteilungen des Verbandes Schlesischer Rundfunkhörer e. V. 22,30: Aktuelle Tennisfragen. 22,50: Funkstille.



Achtung, Wienfahrer!

Der Anmeldetermin für die Olympiade nach Wien ist bis zum 19. Mai verlängert worden. Interessenten können sich noch melden beim Gen. Kern im Zentralhotel (Kattowitz) bis Dienstag, in der Zeit von 7—9 Uhr abends. An Papieren, die für den Sammelpaß notwendig sind, genügen Militärpapiere, irgendein Personalausweis, eine polizeiliche Wohnungsbescheinigung, sowie drei Lichtbilder.

Versammlungskalender

Kattowitz. (Ortsausschuß.) Freitag, den 22. Mai, abend 6½ Uhr, im Zentralhotel Kartellsitzung. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Königshütte. (Arbeiter-Schach.) Unsere fällige Mitgliederversammlung findet am Dienstag, den 19. d. Mts., abends 7 Uhr im Vereinszimmer des „Volkshauses" statt. Der Wichtigkeit wegen wird das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erwartet.

Ober-Lazisk. Die Oeffentliche Arbeitslosenversammlung der D. S. A. P. und P. P. S., findet am Mittwoch, den 20. Mai, vormittags 9½ Uhr bei Mucha statt. Referenten: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll und Wojewodschaftsrat Genosse Janta.

D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt.

Neudorf. Am Mittwoch, den 20. Mai. 1931, findet bei Gorezki, nachmittags 3 Uhr, eine Mitgliederversammlung der „Arbeiterwohlfahrt" statt. Referentin: Genossin Kowoll.

Metallarbeiter.

Königshütte. Am Dienstag, den 19. Mai, nachmittags 5 Uhr, findet im Volkshaus eine Mitgliederversammlung des D. M. V. statt. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Schriftleitung: Johann Kowoll; für den Inhalt verantwortlich: Theodor Raiwa, Mała Dąbrówka; für den Inseratenteil: Franz Rohner, wohnhaft in Katowice. Verlag und Druck „Vita", naklad drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, ul. Kościuszki 29.

Maschinisten und Heizer.

Versammlungen.

Nikolai. Am Dienstag, den 19. Mai, nachm. 4½ Uhr im bekannten Lokal.

Bismarckhütte. Am Mittwoch, den 20. Mai, nachm 5 Uhr, bei Brzezina.

Friedenshütte. Am Donnerstag, den 21. Mai, 5 Uhr nachm., bei Machuletz.

Holzarbeiter.

Kattowitz. Donnerstag, den 21. Mai, abends 7 Uhr, im Zentralhotel Mitgliederversammlung. Bestimmtes Erscheinen ist Pflicht.

Wochenplan der D. S. J. P. Katowice.

Für die Zeit vom 16. Mai bis 25. Mai 1931.

Montag: Heimabend.
Dienstag: Vorstandssitzung, Volkstanz.
Mittwoch: Gesangabend.
Donnerstag: Musikabend.
Freitag: Theaterprobe.
Sonntag und Montag: Fahrt nach Hedwigstal, näheres beim Jugendleiter Dikta.

Die Abende fangen um ½8 Uhr an!

Wanderprogramm T. V. „Die Naturfreunde", Krol. Huta

24. Mai: Polnisch. Jura 2-Tagetour.

31. Mai: Maifeier in Sadollamühle. Bezirkstreffen. Abmarsch 5 Uhr früh vom Volkshaus.

Freie Radfahrer Königshütte!

Programm der Ausfahrten im Monat Mai.

Sonnabend, den 23. Mai: Wanderfahrt nach Krakau auf drei Tage. Abfahrt 5 Uhr früh.

Sonntag, den 31. Mai: Fahrt nach der Klodnitz. Abfahrt 9 Uhr früh.

Bei sämtlichen Ausfahrten sammeln sich die Radler im Volkshaus.

Achtung, Arbeiterschachler!

Die für den 31. Mai festgesetzte Runde des Bundesmeisterturniers ist laut Bundesvorstandssitzung vom 17. Mai auf den 7. Juni verlegt und zwar werden alle Wettkämpfe am 7. Juni (Arbeitersportfest), nachmittags um 3 Uhr, im „Südpark"-Restaurant ausgetragen. Sammeln aller Arbeiterschachler am festgesetzten Tage um ½2 Uhr nachmittags im Zentralhotel zwecks Umzugsbeteiligung.

Mitteilungen des Bundes für Arbeiterbildung

Indien einst und jetzt.

Ueber dieses Thema spricht am 27. Mai, abends 8 Uhr, im Saale des Volkshauses, Krol.-Huta, ulica 3-go Maja 6, der Professor am Schulungsinstitut des berühmten indischen Poeten Tagore in Santiniketan bei Kalkutta, aus Indien. Professor Lakshmiswar Sinha spricht in Esperanto, unter Lichtbilderbegleitung. Sein Vortrag wird auf Deutsch von Dr. Knopp aus Beuthen, übersetzt.

Das Thema „Indien früher und jetzt", dürfte allgemein Interesse erwecken, besonders durch die indisch-nationalen Befreiungskämpfe der Gandhianhänger.

Der „Bund für Arbeiterbildung", im Zusammenhang mit der Esperantogruppe, glaubt, durch seine Bemühungen einem großen Teil der werktätigen Bevölkerung damit Rechnung getragen zu haben, indem der Indier auch Königshütte besucht.

Zur Deckung der Gesamtunkosten wird ein Eintritt von 50 Groschen erhoben. Im voraus bestellte Sitzplätze sind zu 75 Groschen im D. M. V.-Büro, ulica 3-go Maja 6, Telefon 203, zu bestellen. Arbeitslose mit Ausweis freien Eintritt.

Bund für Arbeiterbildung, Krolewska Huta.